Am 16. September, dem Kampftag der revolutionären Jugend

bekundet die revolutionäre Jugend ihren Willen:

Für die Durchführung der proletarischen Revolution! Für die Zertrümmerung der bürgerlichen Gesellschaft! Für die Organisierung der jungen und erwachsenen Arbeiter in den Betrieben, zur Uebernahme der Produktion! Jugendliche Arbeiter, Lehrlinge, Angestellte, **Für die proletarische Rätediktatur!** Erscheint in Massen zu dem Kampftag!

Der Umsturz in Bulgarien und die kommunistische Partei*)

II.

Nach der Enthauptung der bürgerlichen Parteien, hörten diese auf, ihre öffentlichen Umsturzversuche zu betreiben. Die Agrarregierung selbst fühlte sich ganz gesichert an der Macht. Anscheinend hatte sie keine Konkurrenten mehr, gewann die Freundschaft des Handwerkerbundes, und es war selbstverständlich, daß sie die „Hunderolle" (wie sich Stambolyski selbst geäußert hatte bei der Tagung seines Bundes) der Komm. Partei nicht so dringend brauchte wie zuvor. Sie wollte sich sogar von ihrer Konkurrenz unter ihrer Dorfwahlkundschaft befreien und plante die Gründung einer „Lohnarbeiter"partei nach der Ständetheorie Stambolyskis. Deswegen verminderten sich die Stimmen von einer Gemeinschaft im Kampfe. Die offene Feindschaft aber trat noch nicht offen zutage, weil zu dieser Zeit die Agrarregierung ihre „große Politik" mit den Bolschewisten führte. Nach der Genueser Konferenz waren die Beziehungen zwischen Stambolyski und der bolschewistischen Regierung mehr als freundschaftliche. Stambolyski war dem bolschewistischen Plan nicht fremd, einen Block von Rußland, Deutschland, Türkei und Bulgarien zu gründen, in welchem Falle er — nach der Theorie Bucharins — auf die KPB. vollständig rechnen konnte. In seiner Außenpolitik wenigstens, besonders in der Reparationsfrage, glaubte er auf einen deutsch-russisch-türkischen Block rechnen zu können. Diese Hoffnungen wurden dadurch erweckt, daß Rußland auf die Bühne der imperialistischen Diplomatie eintrat, was den Anschein erweckte, daß es eine große Rolle spielen und einen gewissen Faktor in der internationalen Politik bilden würde. Diese Hoffnungen wurden durch die Schließung des Rapallovertrages sowie durch die Militärerfolge Kemal-Paschas bekräftigt. Mit diesen Illusionen ging die Agrarregierung zur ersten Lausanner Konferenz, die sie vollständig begrub. Die Lausanner Konferenz zeigte die wirkliche Bedeutung Rußlands in der Gruppierung der imperialistischen Mächte. Dazu verfiel die Agrarregierung nach dieser Konferenz völlig unter dem Einfluß Frankreichs. Sie brauchte die Komm. Partei nicht mehr, sie war überflüssig geworden. Ueberflüssig wie in der inneren, so auch in der äußeren Politik. Die Agrarregierung schlug gegenüber der KP. einen ganz anderen Kurs ein. Die Wahlen im April 1923 standen unter dem Zeichen dieser neuen Beziehungen. Nach den Wahlen benahm sich die Agrarregierung noch frecher: sie unternahm die ersten Schritte zur Gründung der „Lohnarbeiter"-Partei; sie bereitete sich vor, mit dem Gesetze für die Kooperationen (Genossenschaften) die Kooperation „Oswoboschdenije" (das größte Handelsunternehmen in Bulgarien, Eigentum der KPB., mit russischen Mitteln geschaffen und den Interessen des russischen Wiederaufbaues dienend) anzugreifen. Diese Politik der Agrarregierung der Komm. Partei gegenüber zwang die letztere, die „Theorie" von der „Revolutionierung der Massen des Agrarierbundes" durch ein Zusammengehen mit ihnen zu vergessen. Es ging um die Interessen der zahlreichen und korrumpierten Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsbürokratie. Die Gefahr ahnend, reichte die KPB. durch ihre Kooperation den anderen Kooperationen, Kooperativ- und Popularbanken, die unter dem Einfluß der bürgerlichen Parteien standen, zum gemeinsamen Kampf gegen die Pläne der Regierung die Bruderhand. Zu diesem Zwecke veranstaltete sie eine lärmende „Kooperativwoche", die einen ganzen Monat dauerte und mit der Eröffnung der vierten Jahrestagung der „Oswoboschdenije" endete. Zu dieser Tagung kamen Vertreter anderer Kooperativorganisationen, welche von „Oswoboschdenije" speziell eingeladen waren. Hier schlossen sie — unter dem Segen des Zentralkomitees der KP. — einen „Kampfbund" und stellten ihre Front gegen die Agrarregierung auf. **„Heute erlebt die Kooperativbewegung in Bulgarien eine Krise** — erklärte der Vertreter des Bundes der Popularbanken, Ehrenmitglied einer der bürgerlichen Parteien — **die durch die Politik der heutigen Regierung verursacht ist, daß die Kooperationen unter Kontrolle des Staates stehen sollen und daß der Staat das Recht hat, sich in ihre Entwicklung und Organisation einzumischen. Die Regierung will durch Gesetze die ganze Kooperativbewegung in Bulgarien unter ihren Einfluß bekommen. „Laßt uns mit vereinigten Kräften diese höllische Pläne zerschlagen, die dazu führen, den Grund der Selbständigkeit, Freiheit und Demokratie der Kooperativbewegung zu erschüttern."** — —

„**Die Kooperation** — sagt ein weiterer Vertreter einer anderen Kooperation — **ist von Feinden umgeben. Aber im gemeinsamen Kampf werden wir siegen.**" („Rabotnitscheski Westnik" Nr. 280, 1923.) Auf diese Kampfrufe antwortete der Vorsitzende der „kommunistischen" Kooperation und einer der Führer der KPB. — G. Popoff —: „**Wir verlangen vom Staate der Kapitalisten klare, bestimmte Garantie für die selbständige Existenz der Kooperation. Um diesen Zweck zu erreichen, müssen wir öfter Kooperativaktionen, wie diese, veranstalten... Die Anwesenheit von Vertretern anderer Kooperationen ist ein erfreulicher Anfang. Diese gegenseitigen Beziehungen müssen verstärkt werden, weil die Interessen identisch sind. Um so mehr, da ein Schlag auf die Kooperativbewegung vorbereitet ist. Schwere Hagelwolken schweben über uns. — — — Eine große mächtige Kooperativ-Organisation aber kann nicht so leicht von diesen Wolken erschüttert werden.**" („Rab. W." Nr. 280.) Und der Führer der KPB., Chr. Kaboktschieff, teilt im Namen des Zentralkomitees aus: „**Gemeinsam sind die Interessen aller Kooperationen im Lande, ihre Selbständigkeit und Freiheit zu verteidigen. . . Jeder Angriff der kapitalistischen Klasse aus Stadt und Dorf über die Unabhängigkeit der Kooperationen wird die Kräfte aller Arbeiter- und kleinbürgerlichen Organisationen vereinigen. Stellt eure Tätigkeit im Zusammenhang mit den Interessen der weiten werktätigen Massen — und eure Sache wird unter den Schlägen der Reaktion unverletzt bleiben.**" („Rab. W." Nr. 280.)

Das war nunmehr die Stellung der Agrarregierung gegenüber die unter der Maske der Kooperation in einer Front mit den bürgerlichen Parteien marschierte. Sehr charakteristisch ist die jener Zeit angenommene Resolution ihres Parteiausschusses. „**Die Kommunistische Partei — heißt es darin — ruft den werktätigen Massen in Stadt und Land zu, auf dem Posten zu sein, und im Moment, da die alten Parteien versuchen werden, die Macht an sich zu reißen und im Kampfe der Stadt- und Dorfbourgeoisie den Bürgerkrieg zu entfesseln, bereit zu sein, ihren eigenen Kampf gegen die Stadt sowie gegen die Dorfbourgeoisie fortzusetzen, die Basis dieses Kampfes zu erweitern, um die Macht an sich zu reißen und die Arbeiter- und Bauernregierung zu schaffen.**" („Rab. W." Nr. 257, 1923.) Aus dieser Resolution ist ersichtlich, daß die KPB. die Agrarregierung nicht mehr unterstützte, — und was die A u f r i c h t i g k e i t und den E r n s t der Erklärung anbetrifft, daß die Partei gegen die einen sowie gegen die anderen kämpfen wird, um die Macht an sich zu reißen und die Arbeiter- und Bauernregierung zu schaffen, ist aus ihrer Taktik und ihrem Benehmen in der Zeit des „Bürgerkrieges" — des Umsturzes — zu ersehen. Die oben zitierten Phrasen waren notwendig, um den Uebergang von einer Seite des Kampfes in eine andere zu verschleiern.

Das geschah am Vorabend des Umsturzes, der sich schon lange illegal vorbereitete. Seine Schöpfer warteten auf die günstigen Bedingungen: das Abrücken der KPB. vom Agrarierbunde, von der Kurzsichtigkeit des letzteren verursacht, war das Zeichen, daß die gegenseitigen Verhältnisse der Kräfte schon günstig geworden waren. Der 9. Juli kam!

Die bulgarische „Kommunistische" Partei „vergaß" ihre Deklaration, daß sie gegen die Stadt- und Dorfbourgeoisie kämpfen wird — sie vergaß die „Absicht", den Bürgerkrieg zum Kampf um die Macht und für die „Arbeiter- und Bauernregierung" auszunutzen, — und sie beeilte sich, sich vor der neuen Macht zu legalisieren, indem sie erklärte, daß „**die Arbeiterklasse und die werktätigen Bauern im bewaffneten Kampfe zwischen der Stadt- und Dorfbourgeoisie sich nicht einmischen werden.**" („Rab. W." v. 9. 6. 23.) Die KPB., die einst im September 1922 erklärte, daß sie sich in den Kampf zwischen den Agrarbund und den bürgerlichen Block mit selbständigem Klassenkampfe einmischen wird, indem sie die Hauptkräfte gegen die bürgerlichen mobilisieren und von der Agrarregierung nur einige Reformen verlangen wird, — diese KP. deklariert jetzt: „**Die Arbeiterklasse und die werktätigen Bauern werden sich in den Kampf zwischen der Stadt- und Dorfbourgeoisie nicht einmischen, weil das bedeuten würde, sich die Hände im Feuer zu verbrennen und die Kastanien für die anderen, für unseren Unterdrücker und Exploitatoren, auf dem Feuer zu holen.**" („Rab. W.", 9. Juni 1923.) Und nach dieser Loyalitätserklärung vor der neuen Regierung folgen wütende Tiraden: „Gestürzt ist die Regierung Stambolyskis, welche sich mit Gewalt und Terror gegen die breiten Arbeitermassen hielt. Gestürzt ist die Regierung der Dorfbourgeoisie, welche mit Demagogie große Bauernmassen hinter sich zog, die Macht aber nicht für die Verteidigung der Interessen und Freiheiten dieser Massen ausnützte, sondern zur Verteidigung ihrer Cliquen- und Klasseninteressen. Gestürzt ist die Regierung, welche das Versprechen, welches sie den armen, nichtbemittelten Bauern gab, verriet und eine Stütze für ihre Macht nicht im Vertrauen der werktätigen Arbeiter- und Bauernmassen, sondern in der Klassendiktatur der Dorfbourgeoisie suchte." („Rab. W." vom 9. 6. 1923.)

Also, die schwere Phrasenartillerie der KPB., gestern gegen den bürgerlichen Block gerichtet, richtet sich heute, wo der Block die Macht hat und die Agrarregierung gestürzt ist, gegen die letztere. Eine solche „Tapferkeit" wird in Bulgarien mit dem Volkssprichworte bezeichnet: „Gegen einen toten Hund zieht er das Schwert." Und in bezug auf die neue Regierung spricht sie nur Glückwünsche und Hoffnungen aus. „Die neue Regierung — schreibt „Rabotnitscheski Westnik" (Nr. 6, 11. Juni 1923) — erklärt, daß sie die von der Verfassung geschaffenen und garantierten Rechte und Freiheiten beachten wird, — und für den Moment ist dies ihr Programm. Das werktätige Volk verlangt, diese Versprechen mit entsprechenden Taten zu begleiten." . . . . . „Im Namen des werktätigen Volkes verlangen wir Respektierung und Erweiterung der politischen Freiheiten. Wir verlangen volle Wort-, Presse-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit. Wir verlangen entsprechende Maßnahmen zur Beschränkung der Spekulation und der Teuerung sowie verminderung der Steuern, mit denen die Werktätigen belastet sind. Wir verlangen Friede für das bulgarische Volk!" („Rab. W.", 9. Juni 1923.)

Liest man das Organ der KPB. nach dem Umsturz, so bekommt man den Eindruck, daß sie nie gegen die Machtergreifung seitens des Blocks gewesen sei, daß sie nie gegen ihn gekämpft habe, daß sie es einzig gegen die Agrarregierung tue. Während sich die Parteizeitung vorher mit Artikeln und Zitaten aus den Resolutionen über die Stellung der KPB. dem bürgerlichen Block gegenüber gefüllt war, so ist sie es jetzt mit Zitaten aus Artikeln und Resolutionen gegen die Agrarregierung. Diese Lakaitaktik der feigen Bürokraten der KPB. gegen die neuen Herrscher steigert sich bis zum Kuriosen: sie bestreiten, daß sie einst gegen die Niederwerfung der Agrarregierung von seiten des Blocks waren und nennen solche Feststellungen Verleumdung der Partei. („Rab. W." Nr. 8, 13. Juni 1923.) Sie flechten Kränze für das heldenmütige bulgarische Offizierstum wie folgt: „**Der größte Teil der Reserve- und tätigen Offiziere**

Sammelt für den Pressefonds Werbt neue Leser!

nahm im Umsturz für die Aufrichtung der neuen Macht teil nicht, um den alten kompromittierten Parteien zur Macht zu verhelfen, sondern um dem brutalen und schändlichen Regime der Agrartyrannen ein Ende zu setzen und das Land in die Wege friedlicher und ruhiger Entwicklung zu lenken, unter Beachtung der Rechte und Freiheiten der breiten werktätigen Massen (d. h. das Recht der KPB. an den Wahlen teilzunehmen). **Nicht so aber denken die alten Sünder im Lager der bürgerlichen Parteien.**" („Rab. W." Nr. 32, 1923.)

Diese Komplimente sind an die Militärs gerichtet, weil sie in facto die Macht in ihren Händen halten, gewisse Selbständigkeit den Parteien vom Block gegenüber zeigen und deswegen sucht die KPB. ihr Wohlwollen zu gewinnen. Hier ist es nötig, einige Bemerkungen zu machen: Nach dem Umsturz führte die neue Regierung — obgleich sie aus dem Block entstand — einen Kampf gegen die diesen Block zusammensetzenden Parteien. Weil die bürgerlichen Parteien, nach der politischen Befreiung Bulgariens (1876) gebildet, mit kleinerem oder größerem Existenzrecht in der Vergangenheit, heute keinen Grund für eine selbständige Existenz haben. Zwischen ihnen bestehen keine Unterschiede, außer dem Ehrgeiz ihrer Führer. Die Bedingungen und die Bedürfnisse der bürgerlichen Klassenherrschaft verlangen heute die Vereinigung ihrer Kräfte. Deswegen stellt die neue Regierung, gebildet von den jungen Cadres der bürgerlichen Parteien, frei von den Cliquentraditionen der alten Parteichefs, die gemeinsamen Klasseninteressen der Bourgeoisie und verlangt die Vereinigung ihrer Parteien, in den Vordergrund. Die Militärs in ihrem größten Teil begeistern sich immer an solchen „patriotischen" Taten und Idealen und unterstützen die Initiative der Jungen im bürgerlichen Lager gegen die Cliquententendenzen in den Parteien.

Die KPB. macht aber nicht vor diesem Lakaientum Halt. Um sich zu legitimieren, deklariert sie, daß sie die einzige Partei sei, welche die Verfassung verteidigt und ihr Kampf nie „aus dem Rahmen der Gesetzlichkeit und Legalität" hinausgegangen sei. Deswegen hält sie sich berechtigt, der neuen Regierung Vorlesungen über Konstitutionalismus und Parlamentarismus zu halten. „**Zwei Wochen sind es schon her, seitdem die Agrarregierung gestürzt und die neue gebildet ist. Bis heute aber hat die neue Regierung noch nicht erklärt, was sie mit der Nationalversammlung Stambolyskis zu tun gedenkt, und — weil es klar ist, daß sie sie auflösen wird — wann die neuen Wahlen festgesetzt sind. Wenn die Nationalversammlung der alten Regierung eine mit Gewalt aufgedrängte Versammlung war, folgt daraus, daß die neue Regierung ohne Nationalversammlung regieren kann? Wir fragen, aus welchem Grunde finden keine Wahlen für die neue Nationalversammlung statt, wo die Verfassung ausdrücklich dazu verpflichtet? Eine Regierung, welche die Mehrheit im Abgeordnetenhaus nicht besitzt, ist keine verfassungsmäßige, parlamentarische Regierung. Um das zu werden, muß sie gleich neue Wahlen ernennen und sich auf ein Parlament stützen. Das ist das Gebot unserer Verfassung.**" („Rab. W.", 20. Juni 1923.)

Das ist die Rolle also, die die KPB. — die Mustersektion der 3. Internationale — spielte im Kampfe zwischen dem Agrarbund und dem Block der bürgerlichen Parteien, sowie in dem Resultat daraus — im Umsturze in Bulgarien. Die Einmischung einiger ihrer Organisationen in diesem Kampfe ändert nichts an ihren Verdiensten. . . . Hier aber beginnt ein neues Kapitel: die Lehren des bulgarischen Umsturzes und die Aufgaben der bulgarischen Arbeiterklasse, — was wir in einem dritten Artikel auseinandersetzen werden.

*) Siehe auch „KAZ." Nr. 61.

Mitteilungen

Der Beitrag für die 1. Hälfte September im Bezirk Berlin-Brandenburg beträgt 500 000 M., für Kurzarbeiter (3 Tage) und arbeitende Frauen 250 000 Mark. Der Pflichtbeitrag an den H.-A. beträgt demnach für alle Ortsgruppen im Reiche 50 000 M. im Monat September.

Kombinierte Funktionär-Sitzung am Freitag, den 31. August abends 7 Uhr.

Achtung! Kursus des 2., 8. und 9. Unterbezirks!

Der im „Kampfruf" zum 30. August angezeigte Vortrag findet n i c h t am 30. August, sondern erst **am 6. September 192[3]** statt!

Kommunistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin.

Außerordentliche Mitgliederversammlung Groß-Berlin Montag, den 3. September, im bekannten Lokal. Jedes Mitglied muß erscheinen.

Alle KAJ.-Mitglieder von Groß-Berlin haben Sonntag, den 2. September, morgens Punkt 8 Uhr, am Bahnhof Wedding Ausgang, zu sein. 8 Uhr Abmarsch. Jugendliche Unionisten sowie Sympathisierende fordern wir auf, sich zu beteiligen.

Mitglieder-Versammlungen in Gruppen finden in der Woche vom 2.—8. September in Groß-Berlin statt. Tagesordnung in allen Gruppen: Der Kampftag der revolutionären Jugend. Jedes Mitglied muß in seiner Gruppe erscheinen.

KAJ.-Genossen aus Moabit gehören jetzt zu Gruppe Charlottenburg. Die Genossen werden aufgefordert, Mittwoch, den 5. September, im Jugendheim, Wallstr. 76, zu erscheinen.

Arbeitslose Unions-Genossen von Groß-Berlin! Sonnabend, den 1. September 1923, nachm. 2 Uhr, Versammlung sämtlicher Genossen in der Schule, Gipsstraße. Wichtige Tagesordnung.

Pressefonds

Gruppe Laubegast 50 000; Statzke-Tegel 91 000; Zetzsche 30 000; Lange-Zittau 330 000; Ortsgr. Essen 1 163 600; Birma[...] 100 000; Truckasitz 200 000; Schernell 100 000; 13. Unterbez. 155 000; Redicker 100 000; 16. Unterbez. 500 000; Bergs 100 000; Kämtza 100 000; Eichmann-Köslin 50 000; Betrieb DKI. 25 000; ein Berl. Unterbez. 390 000; 16. Unterbez. (Tellersammlung) 240 880; Ortsgr. Bonn-Süd 100 000; Ortsgr. Frankfurt a. [...] 200 000; Ortsgr. Halle 40 000; Bezirk Nord (am 21. 7.) 57 5[...]; Pariser 1 000 000; Gen. aus Grünau 1 000 000; Sommerfe[ld] [...]; Dresden 100 000; Janßen-Düsseldorf 500 000; Becker-Düsseldorf 1 000 000; Eichmann-Köslin 50 000; Pariser 1 000 0[00]; Meiland 750 000; Hübner 15 000; 20. Unterbez. Berlin 800 000; 4. Unterbez. 3. Gruppe 170 000; Schm., Tho., The 210 000; T[...]chert 20 000; 2. B.-O.-Bez. 1 000 000; PFB. 4 600 000; Böh[...] 180 000; Truckas. 100 000; Mikolai 100 000; Wulkow 50[...] durch Maletzki 450 000.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Liers, Neukölln. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. — Inhaber Emil Schubert, Charlottenburg. — Druck: W. Iszdonat, O[...]

Bestellschein:

Der Unterzeichnete bestellt hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name: ....

Ort .... Str. .... Nr. .....

Quergeb. .... Hinterh. .... Vorderh. ....

Diesen Bestellschein bitten wir an den Verlag der „KAZ", Berlin NO 18, Landsberger Straße 6, im offenen Kuvert als „Drucksache" frankiert einzusenden.

4. Jahrg. Nr. 67

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 100 000 M.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei, im Straßenhandel und durch den Verlag der K.A.P.D. Berlin NO 18, Landsberger Strasse 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6. Geöffnet täglich von 9—12 und 1—6 Uhr. Sonntags geschlossen. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 49029.

Bezugspreise: Bei Bezug v. einzelnen Exemplaren durch d. Post: Halbmonatl. die im Kopf d. Zeitung aufgedruckt. Preise. Zahlung bis 5. bezw. 20. jed. Mts. Holland: 1 holl. Gulden monatl. Nach d. übrig. Ausland n. Vereinbarung

Eine schwere Geburt!

Die Sozialdemokratie mit ihrem Finanzgenie Hilferding ist nach einigen dummen Witzen in ihrem „Vorwärts" und nach einigen geistreichen Reden des Herrn Finanzministers selbst nun glücklich bei der 12. Million in bezug auf den Stand der Mark gegenüber dem Dollar angekommen. Immerhin eine Leistung, die sich gegenüber der des „ehrlichen" Kaufmanns Cuno sehen lassen kann! Das kam wohl in der Hauptsache daher, daß Hilferding gleich mit „diktatorischen Maßnahmen" anfing. Daß der Kapitalismus sich nicht an das Augenrollen eines Kleinbürgers kehrt, ist ja schließlich nicht die Schuld Hilferdings. Daß Bayern und die Agrarier im übrigen Deutschland in ein helles Gelächter ob seines Steuerkatechismus ausbrechen, ebenfalls nicht. Immerhin wird es Herrn Hilferding gelingen, mit seinen kleinbürgerlichen Spielereien einigen kleinbürgerlichen Krebsen das kleinbürgerliche Genick umzudrehen, ihnen die Bude dicht zu machen. Dagegen haben selbstverständlich auch die großen Patrioten nichts einzuwenden: Bankrotte sind für die kapitalschweren Hintermänner der Sozialdemokratie sogar sehr erwünscht. Sie haben ja das Zeug dazu „durchzuhalten" und den kleinen Schnaufern so in aller Ruhe ihre sieben Sächelchen fortzunehmen. Dazu gehören auch die kleinbürgerlichen Sozialisierungs- und Kommunalisierungs-Spielereien oder was man so zu nennen beliebt: „Gemeinnützige" Betriebe usw. Herr Hilferding gab vor, den Teufel durch den Beelzebub auszutreiben — den Kapitalismus durch Steuern auf die Beine zu helfen. Er treibt den Proleten gründlich und grausam ihre einfältigen kleinbürgerlichen Illusionen aus. Der Erfolg ist in dieser kurzen Zeit wirklich schon ganz respektabel. Und an seinen eigenen Erfolgen wird sich die SPD. das Genick brechen, daß sie selbst schon vom Fieber geschüttelt wird, zeigen schon die Fieberphantasien im „Vorwärts", der in der kurzen Amtsperiode der neuen Staatenlenker und Völkerbefreier jeden Tag zweimal von einem „Erfolg" faselte. Er bestand wohl in der Hauptsache darin, die Büroräume der KPD. durchzuschnüffeln, um etwas für die erste Seite des „Vorwärts" zu bekommen, damit man noch eine Nummer abwarten, ob nun nicht bald ein Wunder geschieht und die Proleten so lange mit Klatsch füttern kann. Half nichts! Am 31. August morgens erscheint ein Leitartikel des Inhalts, daß alles ganz gut gewesen wäre, wenn die Deutschnationalen mitgemacht hätten. Die diktatorischen Maßnahmen sind gescheitert an der — diktatorischen — Haltung der Deutschnationalen, den „Deserteuren der deutschen Steuerfront". Pech!

Um das verzweifelte Geschwätz der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zu begreifen, muß man die Dinge auch von der psychologischen Seite betrachten. Die demokratische Republik geht hochschwanger, und die Wehen treten immer furchtbarer auf und machen Körper und Beine erzittern. An sich gewiß kein außergewöhnliches Ereignis. Das Außergewöhnliche ist dies: Sie trägt unter ihrem Herzen ein Kindlein, von dem bereits festgestellt ist, daß es — Kleinbürger werden gebeten, sich zu setzen! — ein leibhaftiger und noch völlig unverdorbener Bolschewik ist. Die demokratische Republik geht schwanger mit der proletarischen Revolution. Wohl hat man alle möglichen Notzuchtsverbrechen an der armen Mutter begangen, und selbst im letzten Stadium noch fühlen perverse Schweinegel noch das Bedürfnis, das Kind womöglich noch im Mutterleibe zu einer „Arbeiterregierung" zu kastrieren. Aber sie haben noch keinen Zutritt zum Krankenbett gefunden, und es ist immerhin zu hoffen, daß das Proletariat rechtzeitig Geburtshelfer spielen wird, und den Engelmachern gründlich und ein für allemal ihr schmutziges Handwerk legt.

Man war sich allseitig darüber klar, daß diese Geburt verhindert werden muß, und die kapitalistische Klasse will lieber die Mutter mit samt dem Kinde totschlagen, als einen solchen Skandal zu dulden, der ihr eigenes Ende bedeuten würde. Das brachte die Sozialdemokratie auf den Plan. Das Leben der demokratischen Republik muß erhalten bleiben auf jeden Fall, ihr Tod bedeutet auch den Tod der Sozialdemokratie. Stirbt sie, werden wir obdachlos. Schon einmal — 1918 — haben wir uns bewährt, und es verstanden dem neugeborenen Kinde einen Knax zu versetzen, als die Geburt nicht mehr rückgängig zu machen war. Wir werden ein zweites Mal unser Heil versuchen. Bei der Aufgabe, die die Sozialdemokratie nun übernommen hat, ergeben sich die widerspruchsvollen Meldungen über den Zustand der Patientin. Man will beweisen — nach außen — daß der Zustand sich bessert, und nun geht es los, mit Morphiumspritzen und Asperin und Pillen gegen die Bleichsucht, und wenn das Stöhnen der Kranken eine Minute verstummt, dann arbeitet der Telegraph und speit günstige Meldungen übers ganze Land, bis das Stöhnen der durch neue Schmerzen erwachten Gequälten um so lauter einsetzt, und das Fieberthermometer an der Börse wieder um einige Millionen hochklettert. — Eines ist sicher: Die Engelmacher der proletarischen Revolution werden t r o t z der Passivität des Proletariats diesmal kein leichtes Spiel haben. Daß die Proletarier diesmal besser als sonst auf der Hut sein werden, dafür wird der wirtschaftliche Zusammenbruch sorgen. So paradox es auch klingen mag: Die famose Arbeitsgemeinschaftspolitik der Gewerkschaften wird selbst in ihrer Auswirkung zur Triebfeder der Revolution. Sie haben sich hübsch so lange gegenseitig Preis- und Lohnerhöhungen bewilligt, bis die deutschen Erzeugerpreise über die Weltmarktpreise hinaus bewilligt waren. Heute, wo aus dem Ruhrgebiet keine Kohle mehr kommt, werden Arbeiterentlassungen aus Oberschlesien gemeldet, weil die deutsche Kohle teurer ist, als die englische! Straßenbahnen und Gaswerke werden in großer Zahl stillgelegt. Die gesamte Produktion, die bis jetzt nur noch auf den Binnenmarkt eingestellt ist, muß immer mehr zum Erliegen kommen, weil der Binnenmarkt immer weniger aufnahmefähig wird. Mögen die Rotationsmaschinen weiterrasseln: Die Kleinhändler werden zuletzt kein Gramm Butter, kein Lot Mehl mehr bekommen, weil die „revolutionären Bauern" — um mit der KPD. zu reden — nur gegen „wertbeständige Zahlungsmittel" liefern und nichts verschenken. Die Proletarier werden sich selbst das Grab graben mit ihrem „Index", und infolge fehlender Absatzmöglichkeiten wird man einigen von ihnen die „wertbeständige" Arbeitslosenunterstützung in die Hand drücken, mit der sie letzten Endes vor leeren Läden stehen, oder dieselbe noch nicht einmal für einen Strick reicht, um sich aufzuhängen. Und den Herren Sozialdemokraten wird nicht erspart bleiben, den noch folgenden Proleten die Illusionen aus dem Schädel zu schießen. Wenn es hart auf hart geht — und es wird hart auf hart gehen! — dann werden die verhungernden Proletarier die gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Kleinbürger und — bewußten Schurken erkennen und mit ihnen abfahren wie die Feuerwehr.

Nicht im ersten Anlauf wird das Proletariat seine Feinde bezwingen und der kapitalistischen Klasse die Fabriken und den Grund und Boden zu entreißen vermögen. Aber die Auseinandersetzung bis zum bitteren Ende steht auf der Tagesordnung, für immer. Es gibt kein zurück mehr. Wie viel der Opfer erst fallen werden, bis das deutsche Proletariat einmal seine kleinbürgerliche Nebelkappe abstreifen wird, vermag ebenfalls niemand zu sagen. Nur soviel ist gewiß: Um das Kind der Freiheit, um die proletarische Revolution zu retten und zum Triumph zu führen, ist etwas mehr nötig, als der Schrei nach Brot. Dazu ist nötig jene Schwungkraft, jene Sicherheit im Handeln, jene grenzenlose Selbstaufopferung, die ausreicht, um die kapitalistischen Klassen zu entwurzeln und eine neue Welt zu errichten. Nur dann wird die Arbeiterklasse zum Geburtshelfer der proletarischen Revolution werden.

Die Hungerpeitsche

K ö n i g s b e r g, 29. 8. (T. U.) Die Königsberger Reedereien, Schiffsmakler und Stauereifirmen haben die gesamte Hafenarbeiterschaft Königsbergs am Dienstag w e g e n V e r t r a g s b r u c h a u s g e s p e r r t. Zur Aufrechterhaltung der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung Königsbergs und der Provinz werden freiwillige Arbeitskräfte eingestellt, die den Platz der Hafenarbeiter erhalten. Am Mittwoch früh hatten sich Tausende von freiwilligen Arbeitskräften eingefunden. Sie wurden aber von den ausgesperrten Arbeitern am Betreten der Arbeitsstätten verhindert.

Kündigungen im Buchdruckereigewerbe

Die oberfränkischen Buchdruckereibesitzer und Zeitungsverleger haben auf ihrer Tagung in Culmbach beschlossen, die Zeitungen nur vorläufig noch herauszugeben und dem Personal z u k ü n d i g e n!

K a s s e l, 29. 8. (T. U.) In gleicher Weise wie das Kasseler Tageblatt hat auch die überwiegende Mehrheit der m i t t e l d e u t s c h e n Z e i t u n g e n, insbesondere auch alle bürgerlichen Zeitungen in Kassel, ihrem technischen Personal f4tägig g e k ü n d i g t.

Poincarés Starrsinn

Das deutsche Kapital hat unter der Leitung Stresemanns eine neue Taktik eingeschlagen. Es hat entdeckt, daß alle Versuche von hinten herum, d. h. insbesondere durch das englische Kapital einen Druck auf das französische Kapital auszuüben, ergebnislos verlaufen mußten. Mit Resignation hat es festgestellt, daß der „Starrsinn Poincarés" nicht mit den Mitteln diplomatischer Kniffe zu brechen sei. Dieser rocher de bronce könnte nur zu einem Nachgeben gebracht werden, wenn es dem deutschen Kapital gelingt, die Ententestaaten alle wieder unter einen Hut zu bringen. Dem französischen Kapital war die jede Verhandlung ablehnende Haltung nur dadurch möglich, daß es sich sichtbar von den Bundesgenossen trennte und dadurch einen außerordentlich schwierigen Boden für Verhandlungen schuf. Sterben konnte und durfte die Entente wegen der sie gegen das deutsche Kapital verbindenden gemeinsamen Interessen nicht. Leben konnte sie nicht, weil ihre Sonderinteressen zu stark auseinander gingen. Also vegetierte sie. Jeder Teilhaber suchte sich sein Stück aus der deutschen Wirtschaft heraus. Das französische Kapital griff am kräftigsten zu und nahm den direkten Kampf mit dem deutschen Kapital auf, während das englische Kapital sich von dem deutschen die Kriegskosten durch aktive Neutralität sicherte. England erhielt so auf dem Umwege über Frankreich wenigstens einige Goldmilliarden aus dem deutschen Etat, „Ausgaben in Ausführung des Friedensvertrages". Außerdem hatte es die Aussicht auf ein Unterliegen des französischen Kapitals oder selbst im Fall eines Sieges auf eine starke finanzielle Schwächung des französischen Rivalen. Seine letzte Aufgabe ist, das französische Kapital an einer Ausnutzung seines Sieges zu hindern. Es hat bisher die verschiedensten Versuche dazu gemacht und alle Register schlauer Diplomatenkunst gezogen. Es konnte aber Frankreich nicht dazu bewegen, seine einseitige schroffe Haltung aufzugeben. Es ging konsequent weiter, unterminierte die deutsche Wirtschaft mit vollem Erfolg und fand dazu die stärkste Unterstützung beim deutschen Kapital. Es kann dahingestellt bleiben, ob diese Unterstützung bewußt oder unbewußt geschah. Jedenfalls wäre mit Bewußtsein eine stärkere Zerstörung der deutschen Finanzlage kaum zu erreichen gewesen. Der Erfolg dieses Erfolges wiederum war, daß das englische Kapital an einer Aufkommensmöglichkeit der deutschen Wirtschaft überhaupt zweifelt und den augenblicklichen Zustand für die letzten Zuckungen eines bereits Dahingeschiedenen hält. Es fühlt daher die Notwendigkeit einer stärkeren aktiven Beteiligung an der Auspowerung Deutschlands, weil es sonst fürchtet, zu kurz zu kommen. Es muß aus seiner passiven Haltung heraus und eine Annäherung an das französische Kapital zwecks Vereinbarung eines gemeinsamen Vorgehenen suchen. Es schwankt noch, aber diese Politik findet selbst in liberalen Kreisen großen Zuspruch. Die rechtsliberale Zeitschrift „The Outlook" empfiehlt zweierlei:

1. eine förmliche Mitteilung an Frankreich, daß Großbritannien irgendwelche Aenderung in den gegenwärtigen Gebietsgrenzen Deutschlands nicht anerkennen werde,

2. mit oder ohne Zustimmung Deutschlands die Besitzung der deutschen Nord- und Ostseehäfen durch Großbritannien.

Der Sinn dieses Vorschlages ist klar. Die deutsche Wirtschaft soll von zwei Seiten erfaßt, aufgeblasen und so schnellstens zum Platzen gebracht werden. Die englische Beteiligung an dem deutschen Unternehmen steht vor der Tür. Das englische Kapital sucht nur noch nach einer Begründung. Es kann nach einer so starken Verurteilung des ungesetzlichen französischen Vorgehens nicht im Geschwindschritt dasselbe tun. Außerdem muß es aus seiner Isolierung heraus. Sein Werben um die belgische Gunst war vergebens. Die Verknüpfung der beiden Nachbarn ist zu stark, als daß das belgische Kapital eine Sonderpolitik betreiben könnte. Es ist ihm auch bei seiner schlechten Finanzlage ein Verzicht auf einen Teil seiner deutschen Forderungen gerade nicht angenehm. Es bedarf dringend einer Unterstützung seiner Wirtschaft von außenher und fürchtet, falls dies durch Deutschland nicht geschehen kann, auch den letzten Rest von wirtschaftlicher Selbständigkeit zu verlieren. Es weiß, daß es dann auf Gnade oder Ungnade dem französischen Nachbarn verfallen ist. Um dem zu entgehen, muß es die schroffe Haltung des französischen Kapitals gegen Deutschland unterstützen. Den englischen Vorschlag, einer glatten Streichung der Schuldverschreibungen von 82 Milliarden Goldmark hält es für sich für undiskutabel, da es dann nur 4 Milliarden Goldmark erhalten

würde, während ihm nach dem Zahlungsplan 10,540 Milliarden zugesprochen waren. Es verlange eine Revision der Prozentsätze und zwar eine Erhöhung seines Anteils von 8 auf 13 vH. Dies alles ist aber nebensächlich gegenüber dem Verlangen, daß England auf Eintreibung seiner alliierten Forderungen zu verzichten habe. Dies ist nur eine andere Formulierung der schon von Poincaré aufgestellten These, daß das französische Kapital seine Forderungen nicht über 26 Milliarden Goldmark hinaus bemessen würde, falls es dazu nicht durch seine Gläubiger, England und die Vereinigten Staaten, gezwungen würde. Beide Staaten halten daran fest, daß etwa 50 Milliarden Goldmark unter Vorbehalt der amerikanischen Forderung in diesem Fall in Frage kämen. Das französische Kapital erklärt sich sogar zur Räumung der seit dem 10. Januar besetzten Gebiete bereit, falls das englische Kapital die Garantie für die Zahlung seiner und der belgischen Forderung durch Deutschland übernimmt. Es will sich auch über die Zahlungsform, d. h. über die Art der vorzunehmenden Erpressung einigen. Es schlägt als Einnahmequellen die Ausbeutung der Eisenbahnen auf dem linken Rheinufer, der Kohlengruben im Ruhrgebiet, die Erhebung von Goldzöllen und eine Ausgabe von Devisen, die der Export chemischer Produkte erbringt, vor. Man könne auf dieser Grundlage eine Anleihe aufnehmen, und so sich die nötigen flüssigen Mittel schaffen. Schließlich sollte das deutsche Kapital noch die Lasten der französischen, belgischen und anderer Unkosten übernehmen, die ausgegeben wurden, um die Reparationskosten zu decken.

Aus diesen Forderungen geht ganz unzweideutig hervor, daß der Zerfall der deutschen Wirtschaft eine nicht abwendbare Forderung dieser beiden Gruppen ist. Sie wollen sich den Hauptanteil sichern. Das deutsche Kapital durchschaut das Spiel und fürchtet den Uebergang Englands zu einer aktiven Teilnahme. Deshalb versucht es jetzt die Entente wieder herzustellen. Es hofft, daß damit die äußerste Konsequenz vermieden würde. Es spielt die Gegner nicht gegeneinander mehr aus. Diese neue Rolle des deutschen Kapitals entbehrt nicht einer gewissen Tragikomik. Man sucht seine Feinde zu einigen, weil sie als Einheit ungefährlicher sind als einzelne. Ihre Einheit führt sie natürlich dazu, die deutsche Wirtschaft zu erhalten. Sie kann nur dann kein Zankapfel sein. Die österreichische Erfahrung hat dem deutschen Kapital diese Weisheit beigebracht. Oesterreich lebt, weil kein Alliierter dem anderen ein Stück davon gönnt. Diese letzte Spekulation des deutschen Kapitals wird auch an dem Starrsinn Poincarés scheitern. Das französische Kapital denkt gar nicht daran, die Entente wieder aufzubauen. Der jetzige Zustand ist ihm am angenehmsten. Es genießt alle Vorteile der Entente, nämlich die, wenn auch erzwungene Passivität seiner Bundesgenossen und geht seinen Sonderzielen und -wünschen rücksichtslos nach. Es sieht gar nicht die Notwendigkeit ein, mit dem englischen Kapital zusammenzugehen, um dadurch das Leben der deutschen Wirtschaft noch zu verlängern und sich selbst um eine schnelle Ernte zu bringen. Ein Gegner, der nicht völlig tot, kann vielleicht doch noch lebendig werden. Also Schluß mit der deutschen Wirtschaft, nur kein Erbarmen. Die Parole: „Zahlen oder wir bleiben" drückt vollkommen klar den Weg aus, den das französische Kapital zu gehen gedenkt. Da die deutsche Wirtschaft nicht einmal in der Lage ist, sich in sich zu stabilisieren, d. h. ohne Berücksichtgung der Reparationslasten einen tragfähigen Haushalt aufzustellen, so ist ihr Los schon entschieden. Die Nachrichten von einem Abschluß von Verhandlungen zwischen Stinnes und Schneider-Creuzot mehren sich. Die enorme Expansion dieser beiden Konzerne in Mittel-, Ost- und Südeuropa würde eine ungeheure Macht sein, die jede nationale Grenze sprengt und auch bewußt diesen Weg geht.

Das revolutionäre Proletariat wird auf diese neue glorreiche Parole der glorreichen Regierung Stresemann-Hilferding nicht mehr hereinfallen. Es wird sehr bald merken, daß es im wahrsten Sinne des Wortes handeln muß.

Politische Rundschau

„Gegen die Hetzer"

ist mittlerweile die neueste Parole der KPD. geworden. Sie ist erstens „gegen die Bauernhetze", und zweitens „gegen die Beamtenhetze". Zum ersteren Thema läßt sie sich in Nr. 199 einen Leitartikel schreiben, weil die sozialdemokratische Konkurrenz ihre Parole „Arbeiter- und Bauernregierung" zerflückt, und gezeigt hat, daß sie in Bezug Demagogie immer noch jeden Kampf aufnimmt. Am Schluß des Leitartikels heißt es:

„Es ist ein frevelhaftes Spiel, wenn sozialdemokratische Redner uns draußen auf dem Lande Brei um den Mund schmieren mit dem Bodenreformantrag, uns für die sozialdemokratische Partei als Wahlesel gebrauchen wollen, während sie gleichzeitig die Arbeiter in der dreckigsten Weise gegen uns aufhetzen. Dagegen verwahren wir uns ganz energisch. Wir haben erkannt, daß wir uns mit den Arbeitern verbinden müssen, um gemeinsam die Wirtschaft auf gesunde Füße zu stellen.

Arnold Brehm, Bauer,
Vorsitzender des Bundes schaffender Landwirte,
Prausnitz bei Breslau.

Herrn Arnold Brehm kann man schließlich verstehen, wenn er die kapitalistische Wirtschaft auf gesunde Füße stellen will. Er würde schöne Augen machen, wenn ihm die Proleten erzählen würden, daß sie der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt den Garaus machen wollten. Daß die KPD. die mittelständlerische und kleinbürgerliche Rückständigkeit zu ihrem Programm erhebt, hat jedoch seine natürlichen Gründe, den die Götter der III. Internationale schielen ja insgesamt nach einem kleinen Bauernhof, um auf ihren Lorbeeren auszuruhen. Der tschechoslowakische Brandler Kreibig in Joog gibt in seiner Steuererklärung 250 000 Kronen Einkommensteuer an, und ist mittlerweile Besitzer von drei Grundstücken geworden. Natürlich ist er starker Verfechter der „Arbeiter- und Bauernregierung", wie dies in Deutschland Brandler, Böttcher, Gräf Reventlow ja ebenfalls sind.

Neben der Hetze gegen die „revolutionären Bauern" wendet sich die KPD. auch gegen die Hetze gegen die „revolutionären Staatsbeamten", denen die demokratische Republik ihr Gehalt nicht mehr im Voraus bezahlen kann. Sie sehen jetzt, meint sie, was es heißt keine „Arbeiter- und Bauernregierung" zu haben. Versteht sich! Tausende warten schon darauf, den Zaster als Staatsdiener einzuheimsen, sie wissen nur noch nicht recht, wie sie den Dingen näher kommen sollen ohne daß den Proleten ein Seifensieder aufgeht. Aber auf alle Fälle muß der „Bauernhetze" und der „Hetze gegen das reaktionäre Beamtentum" entgegengetreten, und dem Proletariat bewiesen werden, daß dies alles „Brüder" sind, und es seinen „Brüdern" zuliebe, die Einigkeit wahren müsse, damit gerissene Revolutionsschieber ungestört ihr schmutziges Handwerk treiben können.

Tiefer geht's nimmer?

Zum Verbot des „Zentralausschusses der Groß-Berliner Betriebsräte".

Diese Körperschaft hat die preußische Polizei erst in den Akten der KPD.-Bezirksleitung anläßlich einer Haussuchung entdeckt und sofort verboten, auf Grund des „Gesetzes zum Schutz der Republik", an dem die KPD. — dies muß immer wieder gesagt werden — so kräftig mitarbeitete. Der amtliche preußische Pressedienst veröffentlicht dazu eine zwei Spalten lange Zusammenstellung über die Gefährlichkeit der KPD. selbst, was wohl als Begründung für die Notwendigkeit des Verbots gedacht ist. Die Zusammenstellung ist mit Kommentaren zu den Bruchstücken von Protokollen gespickt, und die ganze Aufmachung läßt die „gewerkschaftliche Hand" deutlich erkennen. Charakteristisch an dem ganzen Erguß ist, daß darin versucht wird, die KPD. in Mißkredit zu bringen und die Proletarier zu warnen vor dieser Partei, und wer von seinen fünf Sinnen nur noch 2½ besitzt, der sieht auf den ersten Blick, daß die ganze Aktion auf Betreiben der SPD. und der Gewerkschaften in die Wege geleitet ist, um auf diese Weise Material gegen die linke Konkurrenz in die Hände zu bekommen, was ja durch die Bonzen in der Regierung nicht schwer ist. Der „Vorwärts" veröffentlicht auf der ersten Seite das gesamte Material nebst den polizeilichen Kommentaren, läßt aber den Hinweis, daß die Kommentare die Meinung der Polizei darstellen, fort. Er hat selbstverständlich der Meinung eines seiner Mitarbeiter nichts hinzuzufügen, als am Schluß eine nochmalige Bestätigung, daß die SPD. alles tun werde, um die Konkurrenz von links schachmatt zu setzen. In den Protokollen selbst heißt es, daß die KPD. in Anbetracht der Lostrennungsbestrebungen Verbindung mit ihren polnischen und den tschechoslowakischen Sektionen suchen werde, und diese „hochverräterischen Treibereien" — heißt es zum Schluß — müßten im Keime erstickt werden.

Die „Rote Fahne" behauptet, tiefer geht's nimmer! Darüber kann man natürlich verschiedener Meinung sein, schon dahingehend, wer von den beiden Gimpelfangzentralen — wenn man, wie die KPD., mit moralischen Erwägungen kommt — nun eigentlich am meisten stinkt. Wir gestatten uns zu behaupten, daß die famose KPD. an diese Leute, die nach ihrer Meinung gar nicht mehr tiefer sinken können, sehr bald wieder einen ihrer berühmten „offenen Briefe" richten wird, in dem sie zum „gemeinsamen Kampf" auffordert. Bis dahin und nach der fälligen Abfuhr wird sie denen, die gar nicht mehr tiefer sinken können, mit allen Mitteln die Massen zuzutreiben suchen, mit ihrem Geschrei: Hinein in die Gewerkschaften! Daß diese politische Prostitution mit Prügeln belohnt wird, und die geprügelte Dirne nun an das Mitleid ihrer Umgebung appelliert, mag für diejenigen eine Frage sein, die sich darüber den Kopf zerbrechen, wer eigentlich recht hat: der Zuhälter oder die Dirne oder die Kupplerin, die beide gebraucht, um zu leben. Soviel ist auf den ersten Blick sichtbar, daß Gewerkschaften und SPD. es in Zukunft an Prügeln und Fußtritten gegenüber dieser Dame von KPD. nicht fehlen lassen werden. Und weiter ist gewiß, daß sie ruhig riskieren können, dieser Dame, die sie dauernd mit „offenen Briefen" bombardiert, jedem Proleten als Klassenverräter beschimpft, der aus dem Pestherd der Gewerkschaften flüchtet, um endlich aus diesem ganzen Sumpf herauszukommen, — daß sie dieser Dame mehr als einen Topf voll Flüssigkeiten, die sonst nur noch in der Landwirtschaft Verwendung finden, über den Balg zu gießen. Die kommt doch wieder! Denn erstens wirft Moskau sein Geld nicht hinaus für einen Katzendreck. Es braucht diese politische Unzucht, um möglichst den offen konterrevolutionären Kurs zu verschleiern, und zweitens braucht die politische Halbwelt in der KPD.-Zentrale die Gewerkschaftsbordelle und deren Könige, weil sie anders als durch Fesselung an diese Polizeizuchtanstalten die Proleten, die hier und da auf die blöden Phrasen dieser Revolutionszigeuner hereinfallen und zur „Erfassung der Sachwerte" schreiten, nicht niederhalten kann. Und wenn dies nicht mehr geht, dann ist es aus mit dieser „Politik".

Es ist ganz klar, daß der KPD. in letzter Zeit mächtig der Kamm geschwollen ist. Sie wollte die Bordellbesitzer selbst durch einen Majoritätsbeschluß der Ausgebeuteten und Unzufriedenen aus dem Sattel heben und sich selbst ins Gewerkschaftsnest setzen. Für diesen großangelegten Fischzug mußte man natürlich genau darauf sehen, daß der Blick der Proleten auf deren Kosten dieser Krieg geführt wird, nicht über die gesteckten Grenzen schweift. Und weil dies nicht nützlich, sondern letzten Endes das ganze Geschäft verderben könnte, wurde gearbeitet nach dem Grundsatz: „Stumpfsinn, Stumpfsinn, du mein Vergnügen." Ueber den Erfolg dieser Politik gibt Ruth Fischer laut Protokoll, das von der „Roten Fahne" in diesem Punkte nicht angezweifelt wird, in einer Sitzung folgende Auskunft:

„Die Massen haben „Arbeiterregierung" gesagt. Aber sie haben das nur gesagt, weil das die Losung der Kommunistischen Partei ist. Hätte die Kommunistische Partei die

Losung „Regierung des Mondes"

herausgegeben, so hätten sie auch geschrien: „Regierung des Mondes", weil das Vertrauen der Massen zur Kommunistischen Partei so groß ist, daß sie alles auffangen, was die Kommunistische Partei sagt."

Das ist das Eingeständnis, daß die ganze Politik der KPD. auf blödem Autoritätsdusel, auf politischem Schwachsinn beruht. Denn überall, wo unsere Genossen versuchten, gegen den unerhörten Betrug dieser — man verzeihe uns den Ausdruck — Bande, anzukämpfen, da versuchte man sie mit „Hundertschaften", Gesangvereinen und Resolutionen, die noch einen weit größeren Blödsinn als die „Regierung des Mondes" enthielten, unmöglich zu machen. Andern Tags stand gewöhnlich in der „Roten Fahne", daß die „Wirrköpfe" der KAPD. ihr „konfuses Zeug an den Mann zu bringen suchten", aber die klare Einsicht der Versammelten — die nach Ruth Fischer auch „Regierung des Mondes" gebrüllt hätten — gesiegt hätte.

Für die deutschen Proletarier ist daher dieser Streit unter den Nutznießern der Dummheit höchst nebensächlich. Wesentlich ist, daß der Kampf unausbleiblich ist, und zwar nicht um irgendeine blöde Phrase, sondern um Herrschaft die des Proletariats, um den Kommunismus. Die Stellung der Gewerkschaften und SPD. ist klar und offen konterrevolutionär. Daß sie noch soviel Stärke besitzen und frech und zynisch gemeinsam mit der Polizei und dem Kapital ihre Vorbereitungen treffen können, ist das Verdienst der KPD. In naher Zukunft jedoch werden sich die Geister scharf scheiden, und dem Proletariat wird statt der „sozialen Maßnahmen" von seiner Hilferding-Regierung ein Blutbad nach dem andern beschert werden, solange, bis auch der letzte Proletarier merkt, daß jeder Kompromiß zwischen seinem Todfeind in der Periode des kapitalistischen Zusammenbruches das Todesurteil bedeutet. Zwischen den beiden kämpfenden Heerlagern, zwischen Kapital und Arbeit steht nun die große KPD., jene Mißgeburt und Kreuzung von Demagogie und Indifferentismus, und stößt hysterische Schreikrämpfe aus, weil die Klassenscheidung ihr den Boden unter den Füßen wegzieht und die gemütliche Legalität durch den offenen Kampf zum Teufel geht. „Pressefreiheit!" „Koalitionsfreiheit" und wie diese Betrugsmanöver alle heißen, mögen noch eine Zeit verlangen. Wenn erst die Gewehre knattern, wird jeder Prolet wieder merken, daß diese Tiraden die letzten Angststöße feiger Politikanten sind, die ihren Tod vor Augen sehen und die Entscheidung hinausschieben wollen bis auf den Sanktnimmerleinstag.

Was das Proletariat aus diesen Bütteldiensten der Sozialdemokraten und Gewerkschaften zu lernen hat ist: Entweder selbst dort zu bleiben — dann macht sich jeder selbst mitschuldig an den Verbrechen an seiner Klasse, und jedem, der jenseits der Barrikaden steht, gilt die Kugel des gegen den Untergang kämpfenden Proletariats. Oder zu erkennen, daß die proletarische Revolution proletarischen Geist, proletarische Waffen gebietet: der Zusammenschluß des Proletariats zum Kampf um die Macht in den Betrieben, und die antiparlamentarische wirklich revolutionäre Partei, wie dies die KAPD. ist, die dem Proletariat den Weg ins Freie zeigt, den es im Kampfe gehen muß mit den Räten.

Der erste Schlag, der zu führen ist, muß geführt werden gegen das Schloß der sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Konterrevolution — gegen die KPD., und er muß solange wiederholt werden, bis es in Trümmer geht und die Tore aufspringen. Dann endlich kann die Arbeiterklasse als Klasse gegen die Klasse der Kapitalisten kämpfen für die proletarische Revolution, ein Kampf, der mit parlamentarischem Cliquenkampf und Betrugsmanövern nichts, gar nichts zu tun hat.

Von der „Volksgemeinschaft"

Davon sprach im hohen Hause der neue Reichswirtschaftsminister Herr von Raumer. Er zeigte die Hoffnungslosigkeit der deutschen Wirtschaft in gar nicht zu übertreffender Weise. Es handelt sich daher um die Herstellung der immer wieder in Trümmer gehenden „Volksgemeinschaft", meinte der gute Mann dann weiter, und: „die Verwischung der Klassengegensätze und die Erweckung des Solidaritätsgefühls zwischen allen, die Schulter an Schulter in der Wirtschaft arbeiten. Gerade weil ich auf diesem Standpunkt stehe, werde ich alles tun, um die regste Mitarbeit des **Arbeitnehmers an den allgemeinen Fragen der Wirtschaft** und der Wirtschaftspolitik zu fördern. Gerade auf dem, was ch mir von dieser Zusammenarbeit erhoffe, gründet sich überhaupt meine Hoffnung auf ein wiedererstarkendes Deutschland. Ohne diese Hoffnung hätte ich mich nicht an dieser Stelle gestellt. Die Verhältnisse sind auf kurze Sicht so trostlos, daß eine solche Stelle nur übernehmen kann, wer die feste Ueberzeugung hat, daß dieses Volk so kräftig und so tüchtig ist, daß es bei gutem Willen seiner Mehrzahl durch diese Krise hindurch nicht nur seinen alten Hochstand erreicht, sondern dadurch, daß es, durch die Not getrieben, die Probleme der Volksgemeinschaft als erstes Volk löst, den Platz unter den Völkern wieder erobert, an den es gehört."

Und damit kein Zweifel darüber besteht, wie diese „Volksgemeinschaft" aussieht, und was die „Arbeitnehmer in den allgemeinen Fragen der Wirtschaft" praktisch zu tun haben, hat er sich auch in dieser Beziehung so deutlich ausgequatscht, daß sich jeder Prolet seinen Vers selbst dazu machen kann. Hört ihr Neugierigen, was unter dem Beifall aller Sozialdemokraten Herr von aRumer verkündet:

„Fragen wir uns nach Mitteln, die bevorstehende akute Wirtschaftskrise zu überwinden, so wird man vor allem das tun müssen, was Herr v. Siemens mit dem Worte **„Ausnutzung der Konjunktur im Betriebe"** bezeichnet hat. Eine Krisis löst sich nicht dadurch, daß sich das gesamte Niveau der Wirtschaft gleichmäßig hebt; sie löst sich nur durch die allmählich wiederkehrende Prosperität der einzelnen Betriebe, und diese ist nur **durch Ueberstunden an der richtigen Stelle** zu erreichen. Wie wollen Sie bei den bestehenden Produktionsbedingungen Auslandsaufträge anders erhalten, als indem Sie, abgesehen von der Qualität, durch die **Schnelligkeit der Lieferung die Konkurrenz unterbieten?** Die Promptheit der Lieferung setzt aber voraus, daß ein Betrieb in der Lage ist, einen Auftrag durch Zuhilfenahme von **Ueberstunden** zu erledigen. Jeder Auftrag belebt zugleich die zu liefernden Betriebe, **und so wird man in einzelnen Betrieben Ueberstunden zulassen müssen, während anderswo Arbeitslosigkeit herrscht, weil man nur so die Arbeitsgelegenheiten wieder schaffen kann.**"

Ulrich v. Hutten und seine Zeit

I.

Zu seinem 400. Todestage (29. August 1523).

Als eine der anziehendsten Gestalten des Reformationszeitalters darf noch immer Ulrich von Hutten gelten. Er fesselt nicht nur durch seine persönlichen Charaktereigenschaften, durch die Kühnheit und Unbeirrbarkeit, womit er unter den schwierigsten Verhältnissen für seine Ideen eintrat, sondern auch dadurch, daß das Studium seiner Schriften außerordentlich geeignet ist, in das tiefere Verständnis jener Zeiten einzuführen. Wer der Meinung ist, daß es sich bei den damaligen kirchenpolitischen Kämpfen im wesentlichen um die Religion gehandelt habe, der kann sich bei Hutten mit Leichtigkeit eines Besseren belehren; denn sein Antiklerikalismus ist keineswegs bloß ideologischer oder gar theologischer Natur, sondern greift mit der denkbar größten Deutlichkeit auf die materiellen Hintergründe der damaligen Gegensätze zurück. Man sieht bei Hutten gleich, daß es sch in letzter Linie um Interessen- und Klassengegensätze handelt. Auch Huttens eigene Person ist sehr interessant für die Beleuchtung des Einflusses, den die Klassenzugehörigkeit selbst auf die höchststehenden Geister haben kann. Hutten war als Mann im ganzen ein Angehöriger des Intelligenzproletariats, aber er ist doch Zeit seines Lebens, das freilich äußerst kurz war, nicht die Nachwirkungen des ritterlichen Milieus losgeworden, dem er ursprünglich entstammte. Daher erklären sich auch die anscheinenden Widersprüche seiner literarischen Wirksamkeit. Er ist auf der einen Seite zweifellos ein rücksichtsloser Vertreter des geschichtlichen Fortschritts, insbesondere durch seinen entschiedenen Kampf für die Befreiung Deutschlands von der klerikalen Herrschaft. Anderseits aber ist unbestreitbar etwas Reaktionäres an ihm, insofern er gern die entschwundene Herrlichkeit des mittelalterlichen Rittertums wiederhergestellt wissen möchte, das durch die geldwirtschaftliche Entwicklung und durch die Machtentfaltung des Fürstentums an ökonomischer, sozialer und politischer Macht verloren hatte und zum Teil in großer Bedrängnis geraten war, vielfach sich bekanntlich sogar der feigenblattlosen Raubritterei ergeben hätte. Alles das spiegelt sich bis zu einem gewissen Grade in Hutten wider, da er eben selber solchen Verhältnissen entstammte.

Ulrich von Hutten wurde am 21. April 1488 auf Steckelberg geboren, einer altfränkischen Ritterburg im Spessart. Sie war lange ein Raubnest gewesen, und als solches hatte noch Ulrichs Großvater die Burg lange nutzbar gemacht. Als Ulrich zur Welt kam, waren die Vermögensumstände des Steckelberger Zweiges des Geschlechts derer von Hutten keine glänzenden. Daraus erklärt es sich auch wohl, daß der Vater auf den Gedanken kam, Ulrich, obwohl er der Aelteste war, die geistliche Laufbahn einschlagen zu lassen, offenbar in der Erwartung, daß hier eine gute Versorgung sich ergeben werde. Der Junge kam, 11 Jahre alt, nach dem Kloster Fulda, sollte dem mönchischen Leben gewidmet und womöglich dermaleinst Abt oder noch mehr werden. So war es im Rate der Alten beschlossen. Einen Strich machte nun durch die Rechnung die früh erwachende Selbständigkeit des begabten Jungen. Er hatte keine Neigung zum Klosterleben und zur klösterlichen Bildung, d. h. zur Scholastik, sondern ist ohne Zweifel schon in den Knabenjahren von Bedenken gegen das damalige theologische System und von Interesse für die neuen Studien und die freieren Anschauungen der Humanisten erfüllt worden. Jedenfalls ging er, als er sechzehn Jahre alt war, seinen eigenen Weg, zum Kloster hinaus. Mit seinem älteren Freunde Crotus Rubianus zusammen flüchtete er aus Fulda, mit der Absicht, sich den humanistischen Studien auf der Grundlage der römischen und griechischen Klassiker zuzuwenden. Das wurde ihm aber nicht leicht gemacht, denn sein Vater zog alsbald die Hände von ihm zurück, nachdem er sah, daß der elterliche Plan durchkreuzt war. Doch scheinen einige begüterte Vettern Ulrich eine Zeitlang unterstützt zu haben. Er studierte eine lange Reihe von Jahren an verschiedenen Universitäten Deutschlands. Längere Zeit war er in Köln, bis dort sein Lehrmeister in freien Künsten der Uebermacht der Dominikanermönche erlag. Er weilte dann in Erfurt, dann in Frankfurt a. O., wo sich Ulrich als lateinischer Dichter bemerkbar machte, doch blieb er auch hier nicht dauernd.

Als fahrender Schüler macht er eine Ostseefahrt, aber das Wasser warf ihn infolge Schiffbruch mittel- und hilflos an die pommersche Küste. Seine Lage war um so trauriger, als er furchtbar mitgenommen war von jener damals so rasch um sich greifenden neuen Geschlechtskrankheit, der Syphilis. Er schlug sich nun durch, indem er bei den Bauern um Brot und Unterkunft bettelte. Mitunter blieb ihm beides versagt, und so mußte er hungernd und frierend unter freiem Himmel kampieren. Als er nach Greifswald zur Universität kam, wird er infolge seiner Armut unter die Zahl der Studenten gratis aufgenommen. Er schien nun einen Gönner zu finden an dem reichen Juristen und Kanonikus Lötz, dessen Vater Wedeg Lötz ein vermögender Kaufmann war. Die Lötze versahen ihn mit Kleidung, Wohnung und Beköstigung und waren ihm anfangs sehr freundlich gesinnt. Ohne daß Ulrich es sich erklären konnte, änderten die Lötze bald ihr Wesen. Ihnen soll die „freche Zunge" nicht gepaßt haben. Vielleicht ist aber auch für die Lötze von Wichtigkeit gewesen, daß sie dahinterkamen, der junge Hutten sei mit seiner Familie zerfallen und deshalb auf Ersatz des für ihn Ausgelegten nicht zu rechnen. Das Verhältnis spitzte sich so zu, daß Ulrich es für geraten hielt, sich zu verziehen. Bei starker Kälte, im Winter 1509—10, machte er sich auf den Weg nach Rostock. Da ereilte ihn nun, als er gerade über einen zugefrorenen Sumpf ging, die Gehässigkeit der Lötze in der denkbar brutalsten Weise. Berittene Knechte dieser Herrschaften fielen über ihn her und rissen ihm seine Kleider als Eigentum des alten Wedeg vom Leibe, nahmen ihm auch seine Gedichte und wenigen Bücher ab. Halbnackt schleppte sich Hutten den weiten Weg bis Rostock, wo er krank anlangte. Sein Los verbesserte sich aber bald, da sein Talent Aufmerksamkeit und Unterstützung fand. Der Ingrimm über das ihm von den Lötzen zugefügte Unrecht verließ ihn aber nicht, sondern machte sich in einer Reihe von Gedichten Luft, die im Druck erschienen. Diese poetischen Angriffe auf die Lötze zeigen schon ganz das charakteristische Gepräge der Huttenschen Muse, die ganze leidenschaftliche Schärfe seines schriftstellerischen Wesens. Alle Hebel setzt er in Bewegung, um sich Genugtuung an den frechen Uebeltätern zu verschaffen. Er wendet sich an seinen mächtigen Anverwandten Ludwig von Hutten und ruft ihn um Hilfe an. Was er aber von Ludwig Hutten verlangt, ist bezeichnend für ihn. Faustrecht will er an seinen Widersachern geübt wissen. Wenn der alte Lötz zur Frankfurter Messe zieht, so soll Ludwig Hutten ihm die Straßen verlegen, ihn niederwerfen, aber nicht umbringen, sondern eintürmen und die Vollziehung gebührender Strafe ihm, Ulrich, überlassen. Inwieweit sich nun die Sache abgespielt hat, läßt sich nicht sagen. Besonderen Schaden muß er ihm nicht zugefügt haben, denn die Lötze sind später sehr reich geworden.

Auch in Rostock blieb Hutten nicht auf die Dauer, sondern wir finden ihn 1510 in Wittenberg, wo er ein lateinisches Lehrbüchlein der Dichtkunst herausgab. Dann aber zog es ihn nach Italien, der Heimat des Humanismus. Auch dachte er wohl an Rechtsstudien, um seinem Vater einen Gefallen zu tun, der zur Versöhnung und zum Vergleich bereit schien, wenn sein Sohn wenigstens ein splider Jurist würde. Da Ulrich aber nicht zugesagt hatte, unterstützte ihn der Alte auch nicht materiell. So zog der junge Hutten im äußersten Elend durch Böhmen dahin, anscheinend wieder auf den Bettel angewiesen. In Wien fand er Anschluß an Gleichstrebende, wodurch er eine Zeitlang über Wasser gehalten wurde. Hier bringt er ein politisches Gedicht heraus, das sich besonders wendet gegen die Reichen (Pfeffersäcke). Er kommt dann in Italien an, wo wieder eine Reihe Gedichte erscheint. Er ist hier in Italien nicht auf Rosen gebettet. In Pavia, wo er zuerst studierte, auch ein bißchen Juristerei, spielten ihn die Franzosen übel mit. In Bologna, wo er später weilte, ging es ihm so furchtbar schlecht, daß er, um nicht zu verhungern, als gewöhnlicher Landsknecht in das Heer Kaiser Maximilians eintrat. Es war dies für ihn ein um so schlechterer Spaß, da er infolge seiner Krankheit ganz erheblich lahmte. Daß er aber den Kopf oben behielt, beweisen eben jene Gedichte, die er in dieser Zeit der schweren Not verfaßte. Interessant ist, daß er hier zum ersten Male in seinen Gedichten gegen Rom, gegen den gerade regierenden Papst Julius II., gegen die ganze ultramontane Pfaffenwirtschaft Front macht. Er geißelt den lasterhaften Papst, als die Pest des Menschengeschlechts, aber vom Persönlichen abgesehen, geißelt er die ganze römische Auslandswirtschaft, wie sie vor allem Deutschland schwer traf, das Ablaßwesen, den Bullenhandel usw.

1513 verläßt Hutten Italien und kommt nach Mainz, wo er durch Vermittlung eines Edelmannes eine Anstellung beim Kurfürsten erlangt. Hier greift er von Mainz aus den württembergischen Herzog von Ulrich schwer an, wegen seines grausamen Regiments und der heimlichen Ermordung seines Stallmeisters. Dieser geriet dermaßen in Zorn, daß es Hutten sehr schlecht ergangen wäre, wenn er ihn in die Hände gefallen wäre. Er wendet sich an die Schwaben und hofft, daß diese sich dieses erpresserischen, grausamen, unter dem alles käuflich ist, „württembergischen Henkers" entledigen werden. Er ruft sie zum Kampf auf. Sie sollen nicht länger einen Räuber und Meuchelmörder als Fürsten dulden, sondern das blutige Untier entsetzen. Seines Amtes ist der „Württemberger" enthoben worden, aber nicht durch Hutten, sondern durch den Kaiser Maximilian, der die Angelegenheit mit einem Vergleich beenden wollte. Der Federkrieg hat aber noch Jahre gedauert, bei dem Ulrich von Hutten eifrig mitwirkte. In dieser Zeit entstand Huttens gepfefferte Abhandlung in Gesprächsform gegen den Tyrannen, die zum ersten Male Huttens berühmten Wahlspruch: „Jacta est alea" — die Würfel sind gefallen — trägt, oder wie es Hutten später selbst verdeutschte: „Ich hab's gewagt".

„Ich hab's gewagt mit Sinnen,
und trag' des noch kein' Reu',

mag ich nit dran gewinnen,
doch muß man spüren Treu.

Damit ich's mein:
Nit Ei'm allein,
(wenn man es wollt' erkennen)

dem Land so gut,
wiewohl man tut
ein' Pfaffenfeind mich nennen!"

Programm-Entwurf der KAPD.

2. Teil.

Wir fahren nunmehr mit den Veröffentlichungen der Arbeiten der vom Parteitag eingesetzten Programmkommission fort.

IV.

Der Ansturm der vereinigten Konterrevolution brachte Rußland in eine schwierige Lage, aus der es nur durch das Fortschreiten der Revolution gerettet werden konnte. Nach dem ersten Sturm und Drang der Novembertage fiel die Revolution in Mitteleuropa in ein Schneckentempo. Die aktive Hilfe für Rußland blieb aus. Mühsam muß im Westen Stück für Stück des Bodens für die Revolution geebnet werden. Aber nicht nur langsam ist der Gang der Umwälzung, er vollzieht sich auch nach andern Regeln als wie in Osteuropa. Die mittel- und westeuropäischen Länder sind in erster Linie hoch entwickelte Industriestaaten, wo das Kapital unter sozialdemokratischer Assistenz die Diktatur ausübt. Hier herrscht eine Kapitalistenklasse, die in der Bekämpfung der Arbeiter auf eine jahrelange Erfahrung zurückblickt. Hier steht eine mit allen Machtmitteln ausgerüstete Bourgeoisie einem unbewaffneten Proletariat gegenüber. Somit werden an den einzelnen Kämpfer höhere Forderungen an Mut und Selbstbewußtsein gestellt. Der „hervorragende Führer" tritt mehr in den Hintergrund und verschwistert sich mit der Gesamtheit. Das Selbstbewußtsein der geschlossenen Massen wächst und gewinnt an Bedeutung. Diesen Bildungs- und Umbildungsprozeß, der eine subjektive Voraussetzung des Sieges ist, zu fördern, ist eine wichtige Aufgabe.

Anders lagen die Verhältnisse in Rußland. Die Bourgeoisie und die Mittelschichten, die in Westeuropa in ständigem Kampf gegen die Arbeiterklasse standen, kämpften in Rußland bis vor dem Krieg an Seite des Proletariats gegen den zaristischen Absolutismus. Die Verbündeten von gestern wurden zwar mit dem Moment der Machtergreifung des Proletariats die Feinde von heute; sie hatten aber keine starken Machtmittel mehr in der Hand, sich dem Proletariat entgegenzustellen. Die soziale Struktur der Bevölkerung und die gesellschaftlichen Verhältnisse Rußlands vor der Revolution, das Fehlen von größeren Arbeiterorganisationen hatten zur Folge, daß auf der einen Seite der „herrschaftslose" Anarchismus in Rußland eine gute Pflanzstätte fand, auf der anderen Seite die marxistisch orientierten Organisationen in den Fehler des straffsten Autoritätsprinzips verfielen. Wo Massenorganisationen entstanden, waren es nur lose zusammengefügte Heerhaufen mit einer über den Wolken schwebenden, nicht mit den Waffen der Organisation verbundenen Zentralinstanz, wie es die Partei der Narodniki war. Die zielklaren Revolutionäre waren in Gruppen sektierischen Charakters zusammengefaßt. Die Form der proletarischen Bewegung hatte viel Aehnlichkeit mit der Form der Bewegung in Westeuropa zur Zeit der Entstehung des kommunistischen Manifestes.

Der große, lose Heerhaufen, die Partei der Narodniki, zerfiel im Feuer der proletarischen Revolution, und die Führung der Kämpfe ging in die Hände des linkesten Flügels der Arbeiterbewegung, der Bolschewiki, über. Diese Partei der „Berufsrevolutionäre" konnte natürlich ihren sektierischen Charakter und ihren Kastengeist nicht verleugnen und stempelte diesen ihren Charakter auch der 3. Internationale auf. Für sie ist die „Masse" nur Objekt, nie Subjekt. Sie selbst will als Kaste herrschen. Und wenn sie um die „Masse" werben, so nur, um sie als Trittbrett, als Sockel für ihre Parteidiktatur, für ihre Kastenherrschaft zu benutzen. Um diese ihre Parteidiktatur zu halten oder aufzurichten, sind sie zu allen Konzessionen bereit, verbünden sie sich mit Gott und dem Teufel, wenden sie alle, auch die skrupellosesten Mittel an.

Diese Grundeinstellung der Bolschewiki gab auch der russischen Revolution in ihrer Weiterentwicklung ihr Gepräge. Der Herrscherwille der Kaste der Bolschewiki mußte Feind jeder Selbstbewußtseinsentwicklung und jeder selbständigen Regung des Proletariats sein. Er konnte sich auf die Dauer nur durch straffsten Zentralismus, durch brutalsten Terror gegenüber dem Proletariat selbst, durchzusetzen. Jede selbständige Initiative des Proletariats mußte ersticken in diesem Zentralismus mit seinem Gefolge, dem Bürokratismus. Eine Diktatur, der es nicht gelingt, die Kräfte des Proletariats zu mobilisieren, kann aber niemals zum Aufbau des Kommunismus führen, sondern muß im Gegenteil alle Anfänge eines Neuaufbaues zerstören. So lange die russischen Proletarier sich noch ihrer äußeren und inneren Feinde aus dem Lager der Bourgeoisie zu erwehren hatten und dieser Kampf naturgemäß die Zentralisation aller revolutionären Kräfte erforderte, wurde man sich dieser Tatsachen noch nicht bewußt. In dem Moment aber, als diese Kämpfe nachließen, trat dieses straffe Autoritätsprinzip, dieses Kastenwesen der Bolschewiki als Diktatur der Instanzen über die Partei und Parteidiktatur über das Proletariat besonders in die Erscheinung.

Als die Bolschewiki die Macht ergriffen, mußten sie versuchen, sich auf die Mehrheit der Bevölkerung Rußlands zu stützen. Sie machten infolgedessen gleich im Anfang Konzessionen an die Ideologie der Bauern, die 85 vH. der Bevölkerung Rußlands ausmachen, indem sie das Land unter die Bauern aufteilten. Die dadurch bewirkte ungeheure Stärkung der Privateigentumsideologie der Bauern mußte natürlich auch ihre Rückwirkung auf das weitere Geschick der russischen Revolution ausüben. Die Bolschewiki mußten sich die Lebensmittel, die sie brauchten, von den Bauern gewaltsam holen. Die Bauern empfingen oft diese Requisitionskolonnen mit Maschinengewehrfeuer. Es entstand ein gewaltiger Riß zwischen Stadt und Land. Die Bauern bauten nunmehr nur noch soviel an, wie sie selbst für ihren eigenen Bedarf gebrauchten. Zu gleicher Zeit fanden die antisowjetistischen Banden der Machnow usw. bei ihnen wärmstes Willkomm. Die Ernährungslage wurde katastrophal. Die Arbeiterschaft, nicht mehr gewillt, unter einer bürokratischen Parteidiktatur mit Hunger in den Gedärmen zu fronen, rebellierte, z. B. in Kronstadt. Um ihre Kastenherrschaft unter allen Umständen aufrecht zu erhalten, ließen die Bolschewiki in ihrer ökonomischen Politik eine grundlegende Aenderung eintreten. Die Requisitionen wurden durch die Naturalsteuer ersetzt. Der freie Handel wurde wieder eingeführt und damit Schiebertum und Wucher legalisiert. Die Periode der „Neuen ökonomischen Politik" begann. Der „Muschik", der kleine Bauer, profitierte freilich nicht von dieser „Nep". Ihm ging es noch genau so elend wie vorher. Nur für die Großbauern und die Schieber und Wucherer, die Kapitalisten aller Grade brach jetzt eine Blüteperiode an. Privatkapitalismus, Privatbanken usw. wurde wieder eingeführt. Die Zeit der ursprünglichen Akkumulation mit all ihren Grausamkeiten, die Periode der Bildung des Wucherkapitals, begann. Um die Heranzüchtung des Privatkapitalismus durch Kapitalimport zu forcieren, wurden in großem Maße Konzessionen an das ausländische Großkapital ausgeboten.

Diese Entwicklung in Rußland mußte natürlich auch ihren Einfluß auf die Politik der 3. Internationale ausüben. Die 3. Internationale, die noch auf ihrem ersten Kongreß sich als Ziel setzte, die revolutionäre Vorhut des Weltproletariats in ihren Reihen zu vereinigen, schwenkte auch bald um. Der 2. Kongreß schon machte sich die Taktik der Bolschewiki zu eigen, Massen um jeden Preis als Sockel für die Parteidiktatur oder vielmehr für die Diktatur der Parteiinstanzen samt dem von ihnen abhängigen Apparat der Parteiangestellten, zu bekommen. Die 3. Internationale gab die Parolen des Eintritts in die Parlamente und der Zellentaktik innerhalb der Gewerkschaften aus. Man hatte eben das Vertrauen in die Weltrevolution verloren. Mit dieser Umstellung zog sich die unzweifelhaft führende Partei der Bolschewiki in den verschiedensten Ländern Parteien heran, die ihren sozialdemokratischen Charakter nicht aufzugeben brauchten, sondern nur neue Phrasen lernen mußten, um einer bequemen geistigen und materiellen Kostgängerschaft bei den Bolschewiki teilhaftig zu werden. Auf diesem Wege wurde die 3 Internationale immer mehr ein Instrument der Außenpolitik der russischen Regierung.

In ihrem Bestreben, die Kastenherrschaft der Bolschewiki in Rußland unter allen Umständen zu erhalten und sich starke außenpolitische Stützpunkte zu schaffen durch Errichtung ebensolcher Kastenherrschaften in anderen Ländern, gaben die Bolschewiki und in Wechselwirkung damit die gesamte 3. Internationale alle Reste einer revolutionär-proletarischen Einstellung auf. Die Bolschewiki schlossen Bündnisse mit anderen kapitalistischen Staaten und unterstützten finanziell und militärisch die nationalistischen Bewegungen des Ostens, trotz deren ausgesprochen antikommunistischen Charakters. Um die kapitalistische Wiederaufbaupolitik fördern zu können, beschickten sie die Heilversuchskonferenzen der kapitalistischen Mächte in Genua, Lausanne usw.

Die stärkste Stütze für den kapitalistischen Aufbau der russischen Wirtschaft und für die Aufrechterhaltung ihrer Parteiherrschaft erblicken sie in einer möglichst engen Verbindung mit dem kapitalistischen Deutschland. Dieses Bündnis hat für sie nur dann Wert, wenn es dem deutschen Kapital möglich bleibt, die russische Wirtschaft mit Industrieprodukten voll zu beliefern. Deswegen muß die 3. Internationale während der Ruhrbesetzung sich dagegen wehren, daß wichtige Wirtschaftsgebiete von Deutschland abgetrennt werden. Sie ist daher gezwungen, sich die Elemente als Verbündete zu suchen, die den stärksten aktiven Widerstand dem französischen Imperialismus entgegensetzen. Daher sucht die KPD. die Bettgemeinschaft mit den nationalistischen Elementen.

Dieser Tendenz entspricht auch die von der 3. Internationale im Juli 1923 aufgestellte Parole der „Arbeiter- und Bauernregierung". Mit dieser Parole wird das Proletariat als der alleinige Träger der sozialen Revolution ausgeschaltet und an seine Stelle die Partei- und Gewerkschaftsbürokratie zusammen mit den Organen des reaktionären Bauerntums als Träger dieser Scheinrevolution geschoben.

Die 3. nternationale ist ein Werkzeug des kapitalistischen Wiederaufbaues, ein Hemmnis der proletarischen Bewegung. Sie ist um so gefährlicher, weil sie unter Anwendung ihrer revolutionären Traditionen ihre kapitalistische Politik mit einem Mantel revolutionärer Phrasen umkleidet. Zu gleicher Zeit aber suggeriert sie durch ihre Parolen und durch ihre Taten den Proletariern die Illusion, daß eine Besserung ihrer Lebenslage innerhalb des Kapitalismus möglich sei, daß man die blutige Endauseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit vermeiden könne. Sie ist dadurch in ihrer Wirkung ungleich gefährlicher als alle anderen verräterischen Organisationen.

Die 2. und die 3. Internationale bilden zusammen mit der Bourgeoisie die Einheitsfront des Wiederaufbaues, die Einheitsfront des Burgfriedens gegen das revolutionäre Proletariat. Dieser Einheitsfront des Arbeiterverrates muß die geschlossene Phalanx des revolutionären Proletariats entgegengestellt werden, national und international. **Die Zusammenfassung des revolutionären Weltproletariats zur Kommunistischen Arbeiterinternationale ist eine unbedingte Notwendigkeit.**

Die Kommunistische Arbeiterinternationale wird aus den Klassenkämpfen und den Klassennotwendigkeiten heraus entstehen. Voraussetzung für ihre Existenz ist die Existenz von kommunistischen Arbeiterparteien in den für die Weltrevolution wichtigsten Ländern. Diese Voraussetzung zu schaffen, ist die Aufgabe aller bestehenden kommunistischen Arbeiterparteien.

Die Kommunistische Arbeiterinternationale muß eine wahre Räteinternationale sein, d. h. eine Internationale, die immer mehr den Rätegedanken, das Prinzip „von unten nach oben" zu verwirklichen sucht und muß alles vermeiden und bekämpfen, was sich diesem Prinzip in den Weg stellt. Sie darf nicht ein Mittel zum Zweck zur Verfolgung besonderer Ziele sein, etwa einer nationalen Außenpolitik, wie es etwa die 3. Internationale ist. Die Kommunistische Arbeiterinternationale darf nicht eine Internationale der revolutionären Phrase, sondern kann nur eine Internationale der revolutionären Tat sein. Die objektiven Vorbedingungen für die KAI. sind schon längst da, aber ebensowenig, wie auf Grund der objektiven Bedingungen allein eine Revolution entstehen kann, wenn die subjektiven Vorbedingungen noch arg im Hintertreffen liegen, ebensowenig kann man auf Grund der objektiven Notwendigkeiten allein eine Internationale gründen. Ebenso wie wir unsere Hauptaufgabe darin sehen, im steten Kampf gegen die Lauheit und den Arbeiterverrat die subjektiven Grundlagen der Revolution zu schaffen, ebenso sehen wir unsere Hauptaufgabe darin, die Vorbedingungen zu schaffen, aus denen heraus eine Internationale entstehen kann. Die Internationale der Tat, des revolutionären Wollens, steht nicht am Anfang, sondern am Ende einer Entwicklung. **Regste internationale Fühlung und Unterstützung und eifrigste internationale Arbeit ist notwendig.**

Die Kommunistische Arbeiterinternationale soll in den revolutionären Kämpfen vorangehen und Wegweiser sein. Ein Aktivposten der Revolution. Sie wird das muß getragen sein von einer großen inneren Selbstdisziplin, die ihr die Fähigkeit gibt, in nationalen und internationalen Kämpfen entscheidend einzugreifen.

In der Kommunistischen Arbeiterinternationale, der Internationale der Zukunft, werden sich alle die vereinigen, die mit allen Traditionen gebrochen haben und aus proletarischer Gesinnung heraus an die Arbeit gehen zur Befreiung des internationalen Proletariats.

Eng zusammen arbeiten muß die Kommunistische Arbeiterinternationale mit der Internationale der Unionen. Die Internationale der Unionen kann, genau wie die Kommunistische Arbeiterinternationale, nur aus den Klassenkämpfen und den Klassennotwendigkeiten heraus entstehen. Aus dem Wesen beider Internationalen ergibt sich auch ihr Verhältnis zueinander. Die notwendige einheitliche Führung der revolutionären Kämpfe im internationalen Maßstabe kann nicht erreicht werden durch eine mechanische, in Statuten und dergl. festgelegte Vorherrschaft einer der beiden Internationalen. Nur durch die Klarheit ihrer Erkenntnis und durch revolutionäre Leistungen werden sich die Kommunisten das Vertrauen und die tatsächliche Führung erringen.

Mit dem Fortschreiten der Weltrevolution wandelt sich die Internationale der Unionen immer mehr um in eine Internationale der Räte. Hat vor Eroberung der Macht durch die Proletariermassen die Kommunistische Arbeiterinternationale die wichtigere Aufgabe zu erfüllen, so verschwindet deren Bedeutung im Laufe der Zeit gegenüber der werdenden Internationale der Räte. Genau so wie der Aufgabenkreis der politischen Parteien begrenzt ist und sie absterben, wenn sie ihre Aufgaben durchgeführt haben, genau so ist der Wirkungskreis der Kommunistischen Arbeiterinternationale begrenzt. Die Internationale der Räte aber mündet in die klassenlose Gesellschaft.

Die kapitalistische Profitwirtschaft kennt bei ihrer Ausbeutung keine Altersunterschiede. Darum ist die proletarische Jugend kein besonderer Teil für sich, sondern gehört zum Gesamtproletariat. Ihr Kampf ist der Kampf der gesamten proletarischen Klasse.

Die Förderung des Selbstbewußtseins und des Selbstvertrauens der Jugend ist eine der wichtigsten Aufgaben der KAPD., denn aus der Jugend wächst die zukünftige Generation der Revolutionäre. Die besondere Art des Denkens beim Jugendlichen erfordert eine organisatorische Anpassung. Das kann am besten erreicht werden, indem sich die Jugend zu einer eigenen Organisation formiert. „Die Jugend muß sich selbst ihren Weg bahnen." Die Existenz einer selbständigen kommunistischen Arbeiterjugend ist deshalb eine unbedingte Notwendigkeit.

Kampfesweise und Ziel der Partei und Jugend ist dasselbe; nur ihr Wirkungskreis ist ein verschiedener. Wenn die KAP. den zielklaren, aktivsten Teil des Proletariats in sich vereinigt, so ist die KAJ. die Vereinigung des klassenbewußten Jungproletariats. Jugend und Partei sind nicht zwei verschiedene Waffen, sondern nur zwei Enden einer Waffe: der politischen Organisation.

Durch den politischen Kampf wird die Jugend selbst zu höchster Kraftentfaltung gezwungen, die uns die Gewißheit gibt, daß sie mit aller Klarheit und Entschlossenheit ihre großen Aufgaben erfüllt.

Der Jugend in ihrem Kampf jede irgend mögliche Unterstützung zuteil werden zu lassen, ist Pflicht der KAPD.

Anm. der Programmkommission: Die Programmkommission ist sich schlüssig geworden, diesen Teil über die Jugend vor dem Teil, der die Internationale behandelt, einzuschieben. Er ist also einzureihen zwischen dem Teil in Nr. 60 und 62 der „Kaz".

Richtigstellung

Der in Nr. 66 der „KAZ." veröffentlichte Bericht von der letzten Mitgliederversammlung der KAPD., Ortsgruppe Groß-Berlin, ist entstellt wiedergegeben. Der zweite Absatz muß folgendermaßen lauten: „Die Mitgliedschaft Groß-Berlins ist der Meinung, daß der Programm-Entwurf der Hamburger Genossen die mit der Revolution zusammenhängenden Fragen nicht erschöpfend, nicht tiefschürfend genug behandelt. Sie setzt sich ein für den Entwurf der eingesetzten Programmkommission, welcher in seinem Aufbau den Anforderungen eines Programms der KAPD. entspricht, wobei sie sich selbstverständlich das Recht der endgültigen Entscheidung in prinzipieller Beziehung vorbehält."

Wirtschaft

Goldanleihe und Währung

Die hysterische Panik ist durch die Banknotenpresse übertönt. — Für eine Weile. Die Mark stürzt Hilferding unter dem Sessel zusammen, die Preise steigen. Krankenhäuser und Verrücktenanstalten werden geschlossen, die Berliner Straßenbahn wird stillgelegt: „Der Sozialismus marschiert" rückwärts! Die gesamten Staatseinnahmen decken noch nicht die Gehälter der Steuerbeamten. Der hartnäckigste Versuch der Industrie, im Auslande Absatz zu schaffen durch Herabdrücken der Preise für den Export und Ueberteuerung im Inlande, wird abgeschlagen durch einen Valutaaufschlag der Auslandsstaaten auf deutsche Waren. Die Parolen der KPD. sind erfüllt, die „Lasten", d. h. die Steuern sind auf die Schultern der Besitzenden „abgewälzt", ja sogar der Schrei nach 60 Pfennig „Goldlohn" pro Stunde geht langsam in Erfüllung. In demselben Maße überschreiten die Inlandspreise die Weltmarktpreise, sinkt die Kaufkraft der „Goldlöhne" und werden die Betriebe stillgelegt, resp. vor der Hand ausgesperrt. Nur die Notenpresse rast. Das Quantum der umlaufenden Noten weiß selbst nicht mehr Havenstein. Man weiß nur, daß binnen kurzer Zeit täglich mehr Noten hergestellt werden, als bisher überhaupt.

In der langen Zeit der Abwärtsbewegung hat man noch nicht gelernt, Ursache und Wirkung zu unterscheiden. Immer noch kuriert man an Symptomen, und die Presse, die bezüglich des Nachdenkens an ihre Leser nicht grade unbequeme Ansprüche stellt, ist hartnäckig bestrebt, das Chaos zu verschleiern und neue Parolen auszutüfteln. Die „Goldrechnung" ist Wirklichkeit, der kleinste Krämer rechnet nach Dollar. Wie eine Schlange sich ihrer Haut entledigt, so glauben unsere Finanzkurpfuscher aus der Mark und in eine neue Währung zu kommen. Das Mittel soll die „Goldanleihe" sein, d. h. die Anleihe, die nicht durch Gold gedeckt ist, die überhaupt nicht gedeckt ist, die eben so wertlos ist als die Mark. Die notwendig auch denselben Weg gehen muß, den die Kriegsanleihe ging, den jetzt die Mark geht. Die Anleihe lautet auf Stücke über 4,20 M. gleich 1 Dollar, 8,40 M. gleich 2 Dollar, 21 M. gleich 5 Dollar, 42 M. gleich 10 Dollar, 105 M. gleich 25 Dollar, 210 M. gleich 50 Dollar, 420 M. gleich 100 Dollar, 2100 M. gleich 500 Dollar, 4200 M. gleich 1000 Dollar. Wie die Regierung mitteilt, wird damit gerechnet, daß auch kleinere Beträge auf dem Umwege über wertbeständige Konten bei den Sparkassen in dieser Anleihe Anlage finden können. Die Stücke von 4,20 M., 8,40 M. und 21 M. werden ohne Zinsscheine (!) ausgegeben und bei Fälligkeit (2. 9. 35) (!) mit einem Aufgeld zum Nennwert von 70 vH. eingelöst. Die Stücke von 42 M. und darüber tragen 6vH. Zinsen und sind mit einjährigen Zinsscheinen versehen (Zinsenlauf ab 1. September 1923, Fälligkeit des ersten Zinsscheines am 1. September 1924). Es kommt alles darauf an, daß sich genügend Dumme finden, die darauf eingehen. Für die Dollarschatzanweisungen zur Stabilisierung des Dollarkurses brachte das Kapital bekanntlich nicht einmal die lumpigen 200 Millionen Goldmark in Devisen auf, obwohl zu damaliger Zeit die 7 Großbanken allein das Mehrfache in der Bilanz auswiesen. Für Kapital und Zinsen der jetzigen Anleihe soll anteilig die ganze deutsche Wirtschaft, Banken, Handel, Industrie, Landwirtschaft sowie jeder, der über steuerpflichtiges Vermögen verfügt, haften. Mit anderen Worten: durch Verteuerung der Lebensbedürfnisse und Drückung der Löhne der Proletarier soll den Kapitalisten das Geld vor Entwertung geschützt werden. Trotzdem wird man die „Goldanleihe" denen überlassen, die nicht alle werden, die noch heute auf ihrer Kriegsanleihe sitzen.

Als Inbegriff der Valuta-Entwertung und Finanz-Zerrüttung galt bisher die Assignatenwirtschaft der großen französischen Revolution. Man vergisst nur, daß die Assignatenwirtschaft eine Kinderkrankheit des Kapitalismus war, während die Markentwertung das Symptom seiner Altersschwäche und der Verengerung der Produktionsbasis ist. Assignaten wurden nie mehr als das Zweiundzwanzigfache des Geldumlaufs vor Beginn der Revolution gedruckt. Ein Teil davon noch muß als natürliche Vermehrung des Geldumlaufs betrachtet werden infolge des Aufbaues der Wirtschaft auf breiterer Grundlage und Aufnahme der Produktion auf erweiterter Basis. Aber auch rein äußerlich betrachtet, waren die Assignaten wahre Wertpapiere an der Mark gemessen. Der Verfall der französischen Papierwährung war Mitte 1794 erst soweit fortgeschritten, wie der des französischen Franken nach dem Weltkriege: in Hartgeld gemessen, standen die Assignaten 30 Prozent. Ein Jahr später war ihr Kurs auf 3 Prozent, Ende des Jahres 1795 auf 1 Prozent gesunken. Dazwischen schon liegt der Uebergang zur Hartgeldrechnung, den der Staat seit Juli 1795 durchzuführen bestrebt war. Er nahm die Assignaten nur noch zum Silberkurs an und hob damit die Grundlagen seines eigenen Geldverlassens auf. Die Assignatenpresse wurde vernichtet; es wurde ein neues „wertbeständiges" Zahlungsmittel, die Mandatsterritoriaux geschaffen, das in vier Monaten den Weg der Assignaten ging: Schon im Sommer 1796 wurden auch Mandats nur zum Börsenkurs an den Kassen des Staates angenommen, seit März 1797 überhaupt nicht mehr. Der Staat zahlte in vielartigen Scheinen, die mit den Zahlungsmitteln die Zinslosigkeit und mit den Staatsanleihen das Fehlen einer festen Geltung gemein hatten. Eine geordnete Rechnungsführung gab es nicht mehr. Die Literatur über die damalige Zeit urteilt über diesen Zustand, er sei schlimmer gewesen als die Assignatenwirtschaft. Dieser Zustand dauerte mehrere Jahre. Als Napoleon die Herrschaft ergriff, fand er überhaupt keine Zahlungsmittel in den Kassen des Staates vor. Der werdende Kapitalismus erschloß sich die Welt und überwand die Kinderkrankheit.

Heute ist nicht das Finanzgebahren des Staates krank, sondern die Wirtschaft, totkrank sogar ist sie; die Markentwertung ist dafür nur der Ausdruck. Die neue „Goldanleihe", die angeblich zur Markstützung dienen soll, ist so gestückelt, daß sie morgen als Zahlungsmittel dienen kann. Aus dieser Geschichte kann aber nicht, wie ein Phönix aus der Asche eine neue Währung erstehen, sondern es wird überhaupt keine Währung mehr geben. Der Staat wird in Reichsmark weiter zahlen oder in Schuldscheinen oder in Quittungen oder überhaupt nicht. Denn der Kapitalismus ist nicht am Anfang seiner Laufbahn wie vor 125 Jahren, sondern am Ende. Das heutige Proletariat kann sich nicht aufs Land verziehen und seinen Kohl bauen, um so ganz nebenher dem Kapitalismus zu dienen, damit er sich die Auslandsmärkte erschließt. Weil die Auslandsmärkte schon erschlossen, die Welt aufgeteilt war, gab es Krieg und in seinem Gefolge die Tag und Nacht rasende Notenpresse und der Hunger in den Eingeweiden der Proletarier. Wie sehr der Industrie der Weg auf den Weltmarkt verrammelt ist, dafür mag nur als Beweis dienen, daß das französische Kapital, das immergierige und nimmersatte, im vergangenen Jahre von der ihm zustehenden Quote für Sachlieferungen in Höhe von 950 Millionen Goldmark nur für 209 Millionen Goldmark Gebrauch gemacht hat. Unter diesen Betrag fallen aber hauptsächlich Kohlen- und Holzlieferungen, so daß Frankreich an reinen Wiederaufbaulieferungen überhaupt nur für 13,6 Millionen Goldmark angefordert hat. Die Furcht, daß der gewerkschaftsdisziplinierte deutsche Proletarier seine Stinnes und Thyssen mit seinen Kulilöhnen und seiner Bedürfnislosigkeit wieder so auf die Beine hilft, daß sie dem Auslandskapital die geringen Märkte wegschnappen, ist eben der Grund, daß man diesem deutschen Kapital mit seinen Kulis Fesseln anlegt.

Die schwindende Mark ist also das Kennzeichen der geschwundenen Substanz der Wirtschaft, der Zerrüttung des Produktionsapparates, der zerstörten Kaufkraft, der Unterproduktion. Diese Ursachen lassen sich nicht beseitigen durch eine technische Verbesserung der Zahlmittel. Diese Ursachen lassen sich überhaupt nicht beseitigen, will man das Profitsystem erhalten; denn sie sind Ursache und Voraussetzung, trotz ihrer Profite erzeugen zu können. Ursache und Wirkung, Wirkung und Wechselwirkung wirken sich zerstörend aus. Markentwertung und Lohnschwund schreiten gradlinig fort mit der Produktionsmenge und dem Konsumtionsfonds. Der letztere ist niedrig, weil die erstere gering ist. Die Produktionsmenge kann nicht vergrößert werden, weil es an Absatzgebieten gebricht und die Wirtschaften auf technisch rückständiger Stufe, an deren unterster Stelle die deutsche steht, werden immer mehr vom Weltmarkt ausgeschaltet. Die Produktion kann auch nicht gehoben werden durch Befolgung der Parolen des ADGB.: Mehr arbeiten, weniger verbrauchen (Nr. 15 der „Betriebsrätezeitung" 1922). Der geringere Verbrauch im Inlande, d. h. die Befolgung der Parole des ADGB. durch die Proletarier, kann wohl und hat es in bescheidenem Maße ermöglicht, etwas mehr Waren auf die Auslandsmärkte zu werfen. Dadurch aber wurde und wird die Kaufkraft im Inland zerstört, die sich letzten Endes in der Markentwertung ausdrückt und die Notenpresse zu Nachtschichten zwingt. Wie nun schon die Millionenscheine eine lächerlich geringe Summe sind, so werden es auch die deutsch-demokratischen Dollarscheine werden. Sie werden zwar einen „Goldwert" von 4,20 Mark behalten, aber man wird einige davon für ein Pfund Margarine hingeben müssen. Daß die Nahrungsmittel im Auslande billiger sind als in Deutschland, ist ein Beweis, daß sie auch bei uns billiger sein müssen. Die gesamten Staatseinnahmen betragen augenblicklich wenig mehr als ein Prozent der Ausgaben. Soll die Notenpresse gehemmt werden, so muß die Steuerschraube so angezogen werden, daß der Proletarier für seinen Lohn, für den „wertbeständigen Goldlohn", immer weniger kaufen kann. Die Stillegung der Produktion beweist schon jetzt, daß sich künftig die Geschichte schneller abwickeln wird als bisher. Auch die Bauernfängermethoden geriebener Revolutionsschartalane nach 60 Pfennig Goldstundenlohn werden den Proletariern recht schnell lächerlich erscheinen.

Die „Goldanleihe" wird eben nur solange als Beruhigungsmittelchen und als Währung Geltung haben, solange die Proletarier mehr Glauben an die Schwindelparolen haben als Hunger. Schon beginnen sich aber die Anzeichen zu mehren, daß der Hunger bald überwiegen wird.

Ausland

Rassen-Probleme in Amerika

Eine wichtige Rolle spielt in Amerika das Negerproblem. Bis zum Jahre 1916 lebten 85 Prozent der Neger in den Vereinigten Staaten, d. h. zirka 12 Millionen, in den früheren Sklavenstaaten des Südens. In der ersten Zeit des industriellen Aufschwungs (gleich nach dem Bürgerkriege 1865) waren die Länder Europas die Quelle, die die Vereinigten Staaten mit den erforderlichen Arbeitskräften versorgten. Das Auftauchen der ersten Einwanderer (Deutsche und Irländer), die später massenweise aus Zentral- und Osteuropa nach Amerika strömten, bewog die einheimische Finanzwelt, ihr Kapital in der Industrie anzulegen, die immer größere Gewinne abwarf. Die eingeborenen Amerikaner wurden Büroangestellte und Beamte. Nur vollberechtigten Bürgern war der Zutritt zu den amtlichen Stellen offen.

Die qualifizierten Arbeiter schlossen sich in konservativen Zunftverbänden zusammen. Die Woge der Einwanderer ergoß sich nur in die östlichen und westlichen Staaten, wo sie von den Riesenbetrieben der metallurgischen Industrie, des Bergbaues, der Konservenfabrikation, des Schiffbaues und der Herstellung von Kriegsmaterial aufgesogen wurde. Tausende und Abertausende, die jährlich nach Amerika einwanderten, wurden so von dem unersättlichen Moloch Schwerindustrie verschlungen.

1914, nach Ausbruch des Weltkrieges, stockte der Zustrom von Arbeitskräften vollständig. 1914—15 wütete in Amerika eine schwere Industriekrise, 1916 dagegen wurden auch die Vereinigten Staaten von der Kriegsatmosphäre ergriffen. Die Schwerindustrie und die neu entstandenen Munitionsfabriken, die Tag und Nacht arbeiteten, läuteten Sturm, da es ihnen an Arbeitskräften fehlte.

Eine Arbeiterkategorie jedoch konnte die leicht dem Ausbeutungssystem verfallenden europäischen Einwanderer ersetzen. Dies waren die Neger der früheren Sklavenprovinzen, die noch 1916 in den landwirtschaftlichen Gegenden Südamerikas nur 12 Dollars monatlich erhielten und in einigen Bezirken sogar weit unter diesem Niveau standen. In den Städten und Häfen Südamerikas betrugen die Löhne der Dockarbeiter, Kohlenarbeiter, Eisenbahner und Chauffeure (Neger) 75 Cent bis 1,25 Dollar pro Tag. Das Großkapital in Nordamerika richtet sein Augenmerk auf das Negerproletariat im Süden. Bald gelang es ihnen dann auch, unterstützt von geeigneten Führern aus Negerkreisen, mit Hilfe von Vermittlungs-Büros, einen mächtigen Apparat zur Uebersiedlung der Neger aus dem Süden in die Betriebe der Schwerindustrie Nordamerikas zu schaffen.

Was konnte den Neger im Norden erwarten? In Südamerika war er nicht nur ein Objekt der wütendsten Ausbeutung, sondern auch gleichzeitig ständigen Verfolgungen ausgesetzt. Die Neger Südamerikas erhielten 50—70 Prozent weniger Lohn als die weißen Arbeiter, und diese wiederum 25—30 Prozent weniger als die Arbeiter in Nordamerika. In einer ganzen Reihe von Staaten arbeitete der Neger gemeinsam mit seinen Familienangehörigen als Tagelöhner auf den Plantagen (Texas, Lousiana).

Seine Arbeit bestand hauptsächlich im Einbringen und Versenden der Baumwollernte. Er erhielt entweder 5—10 Dollar monatlich oder eine bestimmte Summe für die Arbeitssaison. Unter den vom Plantagenbesitzer entworfenen Kontrakt setzte der gewöhnlich des Schreibens und Lesens unkundige Neger irgendein bestimmtes Zeichen, das die Unterschrift ersetzte. In dem Vertrag wurde dem Neger ein gewisses Arbeitsquantum auferlegt. Der Plantagenbesitzer mußte ihm und seiner Familie aus den eigenen Vorräten Lebensmittel und Kleidungsstücke liefern. Die Preise wurden jedoch von dem Arbeitgeber willkürlich festgesetzt. Der schwarze Arbeiter erhielt alles auf Kredit. Am Ende der Saison wurde dann verrechnet. Meistens hatte der Neger mehr bezogen, als das Gehalt ausmachte. Er sah sich also genötigt, um seine Schulden abzutragen, auch die nächste Saison bei demselben Arbeitgeber zu arbeiten. Aber auch in den folgenden Jahren ergab sich stets wieder dasselbe Ergebnis. Die Verschuldung des Negers stieg. Er wurde von Jahr zu Jahr immer wieder ins Arbeitsjoch gezwungen.

In Wirklichkeit war er derselbe Sklave geblieben wie vor dem Bürgerkrieg. Der Neger hatte keine Gelegenheit, seine Kinder zu erziehen oder seinen Horizont zu erweitern. Das öffentliche Leben blieb ihm verschlossen. Bei dem ersten Versuch, zu protestieren und sich zur Verteidigung seiner Menschenrechte zusammenzuschließen, wird der Neger von den weißen Arbeitern auf das Unerhörteste gequält und gepeinigt. Die politischen Agenten der Unternehmer verstehen es, die Arbeiter immer wieder zu solchen Uebergriffen aufzureizen. Unter solchen Umständen ist der Neger nur zu gern bereit, nach dem Norden zu fliehen. Er entgeht der vollständigen wirtschaftlichen Versklavung und der sozialen Degradierung. Die Löhne sind in Nordamerika bedeutend höher als im Süden, wo er vollständig rechtlos war.

Die Arbeiterorganisationen in Nordamerika verstanden es jedoch nicht, den neuen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Man darf nicht vergessen, daß die Neger den Platz der Einwanderer einnehmen sollten und die letzteren von den organisierten Arbeitern nie freundlich aufgenommen wurden. Die amerikanische Arbeitsföderation, durchdrungen von einem strengen Zunftgeist, verhielt sich den riesigen Massen der eingewanderten Arbeiter gegenüber stets feindlich. Von den Einheimischen wurden die zugewanderten Fremdlinge über die Achsel angesehen. Genau so handelten auch jene, die vor Zeiten aus Europa ausgewandert waren, in der Folge sich aber durchgesetzt hatten. Den eingewanderten Juden gelangt es bald, eigene Verbände in der Bekleidungsindustrie zu schaffen. In den Staaten New-Jersey, Massachuseets, Pennsylvanien und Illinois wurden alle Versuche der fremden Arbeiter, sich zu organisieren, von der Bourgeoisie verhindert (Bergbau, Textil- and Metallindustrie).

Waren die Gewerkschaftsorganisationen nicht imstande, das Einwandererproblem zu bewältigen, um so weniger vermochten sie sich der in Verbindung mit der Uebersiedlung der Negermassen entstandenen Lage anzupassen. Fast alle Schichten des weißen Proletariats sind gewohnt, in den schwarzen Arbeitern Amerikas ein minderwertiges Element zu erblicken, ein widerstandsloses Ausbeutungsobjekt der Unternehmer, das die Hefe der Gesellschaft bildet. Die Amerikanische Arbeitsföderation hat lange und fruchtlos versucht die Negerfrage zu lösen. 60 000 ihrer Mitglieder in Virginien traten geschlossen aus, als 1919 ein Delegierter der Neger an der Konferenz teilnehmen sollte. Die organisierten Arbeiter in Südamerika protestierten einmütig gegen die Aufnahme schwarzer Arbeiter. Gleichzeitig leisteten sie den Versuchen der Neger, eigene Verbände zu schaffen, aktiven Widerstand. Die Arbeiterschaft Südamerikas steht vollständig unter dem zersetzenden Einfluß des demokratischen politischen Apparats und des reaktionären Flügels der amerikanischen Arbeitsföderation. Gompers benutzt diese konservativen Elemente als Gegengewicht gegen die Opposition im Westen.

Nur ein amerikanischer Verband hat bis jetzt eine praktische Lösung des Negerproblems gefunden, der unabhängige Bund der Schneidergesellen. Als diese in einen Streik getreten waren, wurden viele als Hausangestellte beschäftigte Negerinnen von der Bekleidungsindustrie als Streikbrecher benutzt. Darauf traf der Verband Maßnahmen die Neger zu organisieren und sie ihrer Vereinigung anzuschließen. Dasselbe tat auch der internationale Verband der Damenschneider, der viele Neger in seinen Reihen zählt.

(Schluß folgt.)

Mitteilungen

Bezirk Thüringen

Dem Wunsche einzelner Ortsgruppen nachkommend, beruft der Bezirksausschuß am 9. September nach Crawinkel eine Bezirkskonferenz mit folgender Tagesordnung ein: 1. Politische Lage. 2. Aufgaben der Union. 3. Organisatorisches: a) Bericht des Bezirksausschusses, b) Kassenbericht, c) Bericht der Ortsgruppen, d) Presse. 4. Wahlen. 5. Stellung zur Reichswirtschaftskonferenz. 6. Verschiedenes. Alle Ortsgruppen, auch die Orte, welche sich noch nicht zusammengeschlossen haben, müssen bestimmt auf der Konferenz vertreten sein. Lokal wird den Ortsgruppen noch bekanntgegeben.

Rote Jugend Nr. 8

Kampforgan der Kommunistischen Arbeiter-Jugend, ist soeben erschienen. Preis 75 000 Mark. Aus dem Inhalt heben wir hervor: „Aufruf zum Kampftag der revolutionären Jugend". „Proletariat und Nation". „Der erste Schritt zur Kommunistischen Arbeiter-Jugend-Internationale". „Wir geben nicht nach" u. s. m. — Genossen! Verbreitet die „Rote Jugend"! Jeder junge Arbeiter muß sie lesen!

Pressefonds

Knaak 200 000, St. 100 000, Baubude Tempelhof 250 000, 19. Unterbez. 95 500, Halboth-Kiel 550 000, Wend 15 000, Voigt 500 000, Hesse 200 000, Bergs 100 000, Gen. a. Grünau 2 200 000.

Verantwortlicher Redakteur: Arthur Liers, Neukölln. — Verlag der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. — Inh. Emil Schubert, Charlottenburg. — Druck: W. Iszdonat, O 17.

4. Jahrg. Nr. 68

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 120000 M.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei, im Straßenhandel und durch den Verlag der K.A.P.D. Berlin NO 18, Landsberger Strasse 6

Redaktion u. Verlag: Berlin NO 18, Landsberger Str. 6. Geöffnet täglich von 9—12 und 1—6 Uhr. Sonntags geschlossen. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 49029.

Bezugspreise: Bei Bezug v. einzelnen Exemplaren durch d. Post: Halbmonatl. die im Kopf d. Zeitung aufgedruckt. Preise. Zahlung bis 5. bezw. 20. jed. Mts. Holland: 1 holl. Gulden monatl. Nach d. übrig. Ausland n. Vereinbarung

Die „Gesundungs-Krise“

In Bezug auf Verwirrung und Anarchie ist die bürgerliche Presse das getreue Spiegelbild des gesamten kapitalistischen Zustandes. Dies muß zugestanden werden. In diesem Chaos reproduzieren sich die Reflexe einer zusammenkrachenden Wirtschaft wie Blasen auf den anschwellenden Wassern während eines Wolkenbruches. Man könnte es geistigen Veitstanz nennen, wie vibrierende Kleinbürgerhirne vom Sturm gepeitscht werden und im Verlauf des geschichtlichen Dramas sich die einzelnen Bilder in den Schädeln zu fixen Ideen formen oder zumindest dieselben erzeugen, um im nächsten Moment schon durch neue verscheucht zu werden. Staatsmänner werden zu Gramophonen, an deren Musik bankrotte Parteien vergebens Erholung suchen. So hat auch Herr Stresemann wieder geredet und die Sozialdemokratie wieder gejubelt, bei einem Dollarkurs von drei Millionen nicht minder als bei einem solchen von zwölf. Und der letzte bürgerliche Kanzler einer letzten bürgerlichen Regierung — wie sich diese Regierung selbst zu bezeichnen pflegt — hat diesmal mehr denn je alles durcheinander geredet. Besser gesagt: Er hat seine verworrenen wiedersprechenden Einfälle besser und übersichtlicher nebeneinandergestellt und das Ganze dadurch noch ungleich komischer und lächerlicher als sonst erscheinen lassen. Der Druck sitzt ihm im Genick, links und rechts züngeln schon wieder die Flammen hoch. Tausend Risse markieren sich von neuem wieder auf dem scheinbar geglätteten politischen Meer. Das Grollen des Donners in den untersten Schichten der hungernden Lohnsklaven ist bereits wieder deutlich zu hören, und mit derselben absoluten Zuverlässigkeit, mit welcher kleinbürgerliche Gehirnschalen von den vorüberziehenden Erscheinungen angezogen und abgestoßen werden, wandeln sich wichtigtuende Spießergestalten vom Geisterbeschwörer zum Satan selbst, wenn sie geschichtliche Ereignisse nicht mehr fortzuschwätzen vermögen.

Herr Stresemann hat in seiner letzten Sonntagsrede unter dem Beifall sozialdemokratischer Zwerge in Bezug auf die Außenpolitik der deutschen Bourgeoisie vor aller Welt und für jedermann verständlich den Bankrott erklärt. Er hat sein „Vaterland" in Bausch und Bogen zum Pfand angeboten, er hat nur noch einen Wunsch: man möge es ganz nehmen, nicht halb oder nur zum Teil. Und dann, meint der deutsche Kanzler, ließe sich auch über die Frage des „passiven Widerstandes" reden. „Wir sind bereit zu schweren materiellen Opfern," ringt es sich aus dem gepreßten Herzen. Nun, er hat auch gesagt warum, er wollte „kein Hehl daraus machen, daß wir in einem Zustand heftiger finanzieller Bedrängnis, in einem Zustand höchster wirtschaftlicher Not sind". „In eine Periode wirtschaftlichen Zerfalls, der dazu geführt hat, daß unsere Ausfuhr von 600 Millionen auf 105 Millionen Goldmark zurückgegangen ist."

Ohne abzuwarten, was jene Klagelieder von Jeremias eigentlich für Wirkungen auslösen werden, baut der letzte der Mohikaner sich ein Lichtgebilde zurecht, wie er gedenkt die bürgerliche Gesellschaft unversehrt über die Flut zu bringen. „Wehrpflicht der Besitzer, Wehrpflicht der Arbeit und Wehrpflicht des Beamtentums —; die Partei ganz klein und das Vaterland ganz groß", heißt die neueste Uebersetzung der Phrase des abgehalfterten Wilhelm, der auch „keine Parteien mehr" kannte. „Sei man sich darüber klar, daß eine Entwicklung, die zur Besitzbildung führt, überhaupt nur solange möglich ist, als der Staat besteht." Darum empfiehlt Herr Stresemann den Kapitalisten, gleich dem Vater des verlorenen Sohnes, zugunsten dieses Staates ein Kalb zu schlachten, um zu betonen, daß „wenn schwere stürmische Zeiten kommen, dann mögen sie sich an dies Wort erinnern: „Wir lassen mit der Staatsautorität nicht Schindluder treiben." — — „Wir stehen vor einer großen Arbeitslosigkeit in Deutschland!" Und müssen deswegen „das Interesse des Staates wieder in den Vordergrund stellen". Trotz Arbeitslosigkeit gilt es Schluß zu machen mit dem Achtstundentag, und zum Schluß wurde „Deutschland, Deutschland über alles" und im Unglück nun „erst recht" gesungen, wohl um einen eventuellen ungünstigen Schein zu zerstreuen: Herr Stresemann hat nämlich die Steuersaboteure zu allen Teufeln, und soweit dies nicht möglich „hinter Schloß und Riegel" — gewünscht.

Es sei ganz dahingestellt, ob die deutsche Bourgeoisie und ihre Sozialdemokratie tatsächlich an ihre reaktionären Zauberkunststücke glaubt. An der Tatsache, daß die Krise jetzt mit elementarer Wucht hereinbrechen wird, ändert dies nichts, ebenso wenig, wie es an den den Charakter der Krise bedingenden Faktoren etwas ändert. Die Sozialdemokratie hebt in ihrem „Vorwärts" die brutalsten Drohungen gegenüber dem Proletariat im Fettdruck hervor und jubelt über den „Staatsmann", der mit Moralpauken das Kapital ins alte Nest des nationalen Staates zurückweisen, und ihm durch Steuern und mit Hilfe der „Staatsautorität" die Flügel beschneiden will. Er erinnert dabei an die lockende Elster, die ihre Jungen über die Bäume entweichen sieht und die sehen muß, wie die Jungen nach jedem Sprung von einem Ast zum andern immer selbstbewußter werden und die klagende Mutter zuletzt ganz vergessen. Die deutsche Schwerindustrie braucht den nationalen Staatsapparat wohl für ihre Profitinteressen, doch die sind mit denen des deutschen Kleinbürgertums und der schwächeren Industrie nicht vereinbar. Die erste „Friedenstaube" wird dieses Wahngebilde vollends zerstören und den Prozeß der Loslösung der Wirtschaft vom Staate beschleunigen, für dessen Finanzierung diejenigen sorgen mögen, deren gesellschaftliche Stellung an die nationalen Grenzen gebunden ist: die Sozialdemokratie, Gewerkschaften, das Agrarkapital und sonstiger Mischmasch, unter dem die KPD. die Rolle des Hofnarren spielt. Aber mehr wie eine wehmütige Erinnerung an vergangene Zeiten wird dem deutschen Kleinbürgertum nach dem Fallen des Vorhanges, nach der Ruhrkomödie nicht übrig bleiben. Bei seiner sprichwörtlichen Gedankenlosigkeit und politischen Naivität mag es ihm immer ein Trost sein, das alte Volkslied: „Vogerl fliagst in die Welt hinaus" als Abschiedslied am Ende seiner politischen Rolle noch zu einer gewissen historischen Bedeutung zu verhelfen. Und der Pfaffenwahlspruch: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben" wird auf diese Weise zum Programm der Sozialdemokrate und der Gewerkschaften. Herr Stresemann sagt ausdrücklich, daß es ihm gleichgültig ist, welchen Rock Herr Hilferding und seine Partei trägt — auf die praktische Haltung kommt es an. Die „Rote Fahne" vom 2. September bringt diese Theorie ins Extreme und reizt ganz sicher auch noch den blödesten Spießer zum Lachen, wenn sie schreibt:

„Die Kommunisten des Ruhrgebietes halten mit Entschlossenheit und Klarheit an ihrem Standpunkt fest: den französischen Imperialismus keinen Schacht, keine Kohlen! **Kontrolle der Produktion und Beschlagnahme der Bergwerke durch die Betriebsräte zugunsten des Staates.**"

Unter diesen Bedingungen rasselt die deutsche Arbeiterklasse in die nächste akute Krise hinein, für die das Stichwort bereits gefunden ist: Die „Gesundungskrise".

Einzelheiten sind wahrhaftig belanglos. Die erste Verkündung der neuen „Friedensbedingungen" wird schon alles durcheinander werfen, wie der Dollarkurs bereits die neuen Steuern fortpustete. Die Arbeitslosenziffern werden anschwellen wie nie zuvor. Die famose „Goldwährung" wird sich als Luftschloß erweisen. Die Entwertung der Mark bis zu dem Grade, wo sie als Zahlungsmittel [illegible] im Inlande ausscheidet, wird eine Frage ganz kurzer Zeit sein und wird die Proletarier mit elementarer Kraft zur Rebellion treiben. Und von neuem wird sich beweisen, daß der blöde Chauvinismus, mit dem die Gewerkschaftsbrut aller Schattierungen die Arbeiterklasse dem deutschen Kapital in die Arme trieb, nur einen Feind kennt: das Proletariat. Die Hetze gegen den „französischen Imperialismus" wird sich im Handumdrehen zum offenen Krieg gegen die aufbegehrenden und zur Verzweiflung getriebenen Proleten verwandeln und dem Proletariat, dem [illegible] pflichtvergessenen seinen Platz anweisen als Klasse gegen seinen Klassenfeind und seinen Staat; ihm beweisen, daß nur der Sieg des Proletariats als Klasse die Krise lösen kann.

Ob daß deutsche Proletariat in den kommenden Auseinandersetzungen sich soweit zu überwinden vermag, daß es wenigstens Freund und Feind erkennt, ist nicht entscheidend. Entscheidend ist, daß die kommende Etappe ebenfalls nur eine Etappe des fortschreitenden Zusammenbruchs ist und die große Kluft zwischen Profit und Leben sich fortlaufend vergrößern muß, bis das eiserne Muß eine klare Entscheidung diktiert und die letzten Todeszuckungen einer dem Tode geweihten „Ordnung" zu Vorrichtungen und zur Triebkraft des Triumphes der proletarischen Revolution werden.

Die „Vereinigten Staaten Europas“

Neben der Parole der „Arbeiter- und Bauern-Regierung" und „Bündnis mit Rußland", die die Kommunistische Partei Rußlands seit geraumer Zeit an ihre Sektionen weitergegeben hat, taucht neuerdings noch im Zusammenhang damit die Parole der „Vereinigten Staaten Europas" auf. Trotzki, der Vater und Befürworter dieser Weisheit, läßt sich dabei von folgenden Gesichtspunkten leiten:

Seiner Meinung nach war der letzte imperialistische Krieg, irrtümlicherweise Weltkrieg genannt, eine rein europäische Angelegenheit. Daran ändert auch nicht das geringste die teilweise aktive Mitwirkung Amerikas und Japans. Die tieferen Ursachen lagen lediglich in dem ständigen Wachstum der wirtschaftlichen Kräfte innerhalb der Nationalstaaten Europas, die zu ihrer weiteren Ausdehnung notwendigerweise eben diesen nationalen Rahmen sprengen mußten. Jedoch nicht im internationalen Maßstabe, — und das ist das bezeichnende bei Trotzki —, sondern vorläufig erst einmal auf dem europäischen Festland unter der Vorherrschaft der stärkeren nationalen Staaten, Deutschland oder Frankreich. Etwa als erste Etappe auf dem Wege zur Weltwirtschaft. Wobei England vorläufig ausgeschaltet bleibt. Und erst dann sollte der Kampf Europas um die wirtschaftliche Welteinheit gegen England und gegen Amerika, als deren Hauptvertreter geführt werden.

Deutschland, dessen Bemühungen um die europäische Wirtschaftseinheit unter seiner Führung schon lange vor dem Krieg deutlich sichtbar waren, hat seine Unfähigkeit mit seinem bekannten und berüchtigten Militarismus erwiesen. An seine Stelle trat Frankreich, dem mangels jeder Voraussetzung einer höher entwickelten Wirtschaftsform auch die leisesten Anfänge einer Organisierung Europas fehlschlagen müssen. „Seine Herrschaft kann das siegreiche Frankreich nur behaupten, indem es Europa balkanisiert." Die ersten deutlichen Auswirkungen einer solchen zertörenden Politik zeitigt der Ruhrkrieg. Er spaltet die vorhandenen Produktivkräfte immer mehr und vergrößert dadurch das Chaos und beschleunigt den Zerfall. Trotzki sagt dann wörtlich: „Europa kann seine Wirtschaft nicht innerhalb jener Staats- und Zollgrenzen entfalten, die ihm der Versailler Frieden aufgezwungen hat; es muß diese Grenzen aufgeben, sonst droht ihm der vollständige wirtschaftliche Verfall."

Aus dem notorisch festgestellten Unvermögen der Bourgeoisie, den wirtschaftlichen Aufbau Europas in die Wege zu leiten, ergibt sich die Notwendigkeit für die arbeitende Klasse selbst nach dem Rechten zu sehen und einen Ausweg zu suchen, der nach Trotzki besteht „in der engsten wirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft der europäischen Völker, als einziges Mittel der Rettung unseres Festlandes vor der wirtschaftlichen Zersetzung und vor der Unterjochung durch das mächtige amerikanische Kapital". Und das um so eher, als sich Amerika von Europa vorläufig gänzlich zurückgezogen hat und nur darauf wartet, das immer mehr auseinanderfallende Europa möglichst billig, dafür aber um so restloser aufkaufen zu können. Da Deutschland und Frankreich durch ihre sich ergänzenden Bodenschätze — Kohlen und Erze — [illegible]

[illegible]